

P R O T O K O L L

über die 13. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 21. Jänner 1993, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VICEBÜRGERMEISTER:

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Leopold Tatzreiter

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Gerhard Bremm

Günter Fürweger

Johann Glanzer

Richard Gollatsch

Gottfried Hofstetter

Oskar Holub

Engelbert Huber

Klaus Jansky

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Friederike Mach

Josef Mayr

Dipl.-Ing. Frank Mundorff

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Eva Scheucher

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

Susanne Thurner

VOM AMT:

MD Dr. Kurt Schmidl

OMR Dr. Gerhard Alphasamer

SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

Mag. Helmut Lemmerer

OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

OMR Mag. Augustin Zineder

Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

GHJ1-6433/92	Ankauf von 100 Stühlen für den Mehrzwecksaal Münichholz, Schumeierstraße 2 - Ersatzbeschaffung.
Ha-7241/92	Verein "Ferienheim der Oö. Gemeindebediensteten"; Subvention zur Führung des Ferienheimes in Bad Aussee.
ÖAG-4/92 Müllabfuhr	Problemmüllsammmlung für das Jahr 1992 - Mittelfreigabe Voranschlag 1992.
Ha-6995/92	R.k. Pfarramt Hl. Familie Steyr-Tabor; ao. Subvention.
SH-6901/82	Karl-Franz Stromayr; Kostenersatz für Sozialhilfe-Leistungen; Beschwerde an die Volksanwaltschaft.
GHJ2-8471/92	Gemeindeeigenes Objekt Straße d. 12. Februar 2/8; E-Installation instand setzen.
GHJ2-8403/92	Reparatur von 3 Stück Brunnenpumpen der städt. Brunnenanlagen.
GHJ2-8443/92	WC-Anlage Zwischenbrücke; Instandsetzungsarbeiten nach Brandschaden vom 17. 12. 1992.
GHJ2-8444/92	Einbruch vom 17. 12. 1992 Sportanlage Rennbahn - Eislaufplatz.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- 1) Präs-227/89 Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Stadt Steyr; Novellierungsvorschlag.
- 2) Bau2-6446/86 Verein FAZAT; Verlustabdeckung für das Geschäftsjahr 1993.
- 3) Ha-5334/89 Wirtschaftshilfe für Studenten Steiermark; Ankauf von zusätzlichen Heimplätzen.
- 4) Ha-8261/92 Rückzahlung der für das Jahr 1992 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH
SABLIK:

- 5) Wa-5450/75 Akontozahlung an den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1992.
- 6) ÖAG-12/93 Ankauf einer Kleinkehrmaschine für Gehsteige, Geh- und Radwege.
 Städt. Wi-Hof

BERICHTERSTATTERIN STADTRAT INGRID EHREN-
HUBER:

- 7) SH-2200/90 Mobile Altenhilfe und Soziale Betreuungsdienste; Genehmigung der Voranschläge für 1993; Mittelfreigabe.
 Erlaß
- 8) SH-4438/92 Flüchtlingslager Stelzhamerstraße; finanzielle Abwicklung; Mittelfreigabe für das Jahr 1993.
- 9) GHJ2-270/92 Verein Frauenarbeit; Subventionsansuchen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 10) ÖAG-7690/92 Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn; Verlustsätze 1992; Akontozahlung.
 Stadtwerke

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- | | |
|----------------|---|
| 11) Ha-6504/91 | Städtering Linz-Wels-Steyr; Subvention. |
| 12) K-27/92 | Kleindenkmale in Steyr. |
| 13) K-27/92 | Maßnahmen zur Ortsbildpflege in den Schutzbereichen Innere Stadt und Ennsdorf; Zwischenabrechnung; Einbeziehung weiterer Objekte. |
| 14) K-3300/89 | Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1992 Steyrdorf und Wehrgraben; Fassaden und Dächer; Zwischenbericht; Einbeziehung weiterer Objekte. |
| 15) Ha-3202/86 | Kirchliche Ensembles von Steyr; Stadtpfarrkirche; Außenrestaurierung; 7. Rate. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

- | | |
|------------------|--|
| 16) Bau2-951/92 | Bebauungsplan Nr. 47 - "Stein"; Änderung Nr. 1. |
| 17) Bau2-7918/91 | Bebauungsplan Nr. 5 - "Christkindl"; Änderung Nr. 2 - Dr. Saxenhuber/Muigg. |
| 18) Ges-15/92 | Straßenbenennung "Hermann-Schmid-Straße" und "Dammstraße". |
| 19) Bau6-483/92 | 1. Errichtung Kanalisation Wehrgraben - Süd; 2. Ausbaustufe
- Blumauergasse, Sepp-Stöger-Straße u. Josefgasse
- Flußquerungen Mitter- und Gsangswasser
- Pumpwerk F
2. Straßenbau, Beleuchtungs-, Gas- sowie Wasserleitungsverlegearbeiten im Zuge des Kanalbaues. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-
REITER:

- | | |
|-----------------|--|
| 20) ÖAG-7903/90 | Knoglergründe; Zahlung der dritten Kaufpreisrate. |
| 21) ÖAG-5680/92 | Abschluß eines Tauschvertrages zw. der Stadt u. der GFM über Grundstücksteile an der Resthofstr. |
| 22) ÖAG-4262/92 | Kaufvertrag Stadtgemeinde Steyr - Ehegatten Alois und Adelheid Gruber, 4407 Steyr-Gleink, Haidershofner Straße 2; Zahlung der zweiten Kaufpreisrate. |

23) Bau5-2224/90

FFW Stein, Steiner Straße, Löschzug III; Vergabe d.
Dachdecker- und Spenglerarbeiten sowie Elektro-
installationsarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HEL- MUT ZAGLER:

24) Ha-3136/74

ABA BA 07 Stadt Steyr; Darlehen des Umwelt- und
Wasserwirtschaftsfonds, Annahmeerklärung.

25) Präs-31/83

Verkehrsbetriebe der Stadtwerke; Zuerkennung
einer Grundleistung.

26) Ha-7419/90

Rot-Kreuz-Bezirksstelle Steyr-Stadt; Zu- und Umbau;
Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, ich darf Sie herzlich begrüßen und die heutige Sitzung eröffnen. Sie wurde ordnungsgemäß einberufen und die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Protokollprüfer sollen die Gemeinderäte Gerhard Bremm und Oskar Holub sein. Beide Kollegen nehmen diese Berufung an. Danke sehr. Entschuldigt haben sich die Stadträte Roman Eichhübl, Dkfm. Mag. Helmut Zagler und GR Hans Dieter Götz.

Meine Damen und Herren, allfällige Anfragen unter Punkt 2) sind keine an mich ergangen, daher komme ich zu den "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS". Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage wird negativ prognostiziert. Eine bedauerliche Entwicklung, die natürlich für uns alle nichts Neues ist.

Im Arbeitsamtsbezirk Steyr hat sich die Arbeitsmarktlage bereits im letzten Quartal 1992 drastisch verschlechtert. Dies vor allem deshalb, da durch den bevorstehenden Konjunkturéinbruch in der Maschinen- und Stahlbauindustrie viele Arbeitsplätze nicht nachbesetzt und damit eingespart wurden. Aber auch andere Bereiche sind von dieser Entwicklung nicht verschont; auch in der Bauwirtschaft gibt es gewisse Probleme. Selbst gut florierende Betriebe neigen aufgrund von

negativen Prognosen zu stärkerer Automatisierung und zu Zurückhaltung bei Personaleinstellungen.

Im Monat Dezember betrug die Zahl der Arbeitslosen 3.815. Die Arbeitslosenquote beträgt damit 9,2 %. Die Tendenz ist hier bedauerlicherweise steigend! Bei den Frauen sind keine spektakulären Freistellungen zu bemerken, stärkere Arbeitslosigkeit gibt es weiterhin in den Branchen Handel, Büro, Metall und Reinigung.

Aufgrund der veränderten Situation im Baugewerbe beträgt die Zahl der vorgemerkten Ausländer derzeit 344, d. s. um 159 oder 85,9 % mehr als im Vormonat und um 140 oder 68,6 % mehr als im Dezember 1991. Nach Ansicht des Arbeitsamtes Steyr wird durch die Einrichtung einer Arbeitsstiftung den Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben, sich für neue Stellen zu qualifizieren. Von dieser Seite aus wird die Einrichtung der Arbeitsstiftung (darüber werden wir heute noch diskutieren) als äußerst positiv beurteilt, da Schulungen in größerem Umfang angeboten werden.

Eine sehr positive Meldung darf ich in Bezug auf die Eröffnung der Montagehalle der Steyr-Nutzfahrzeuge AG machen. Leider ist diese ungeheuer positive Veranstaltung vor 1.000 Menschen - noch dazu in Gegenwart des besten Finanzministers der Welt, der am Montag dort diese Rede gehalten

hat; auch mit industrie- und wirtschaftspolitischer Ausrichtung - im Fernsehen und in den meisten Zeitungen nicht gebracht bzw. erwähnt worden. Ich muß sagen, wenn am Montag der Finanzminister bei einer so positiven Sache in Steyr spricht, am Mittwoch in London zum besten Finanzminister der Welt gekürt wird, sieht man, wie hier die Berichterstattung funktioniert. Ich möchte das nur ganz objektiv und ohne Kommentar feststellen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß es erst drei Jahre her ist, seit diese LKW-Produktion in Steyr an einem berühmten "seidenen Faden" hing. Das Zusperrn und das "AUS" waren unmittelbar vor der Tür und die Übernahme des Aktienpaketes ist nicht unbedingt auf Begeisterung gestoßen - wenn ich mich richtig erinnere. Damals wurde gemeint, daß man vielleicht dagegen streiken oder andere Maßnahmen ergreifen soll. Ich kann heute wirklich mit Freude sagen, daß aufgrund dieser Investitionen und dieser Entwicklung jedenfalls rund 3.000 Mitarbeiter wieder mit Zuversicht in die Zukunft schauen können. Das wird noch untermauert, wenn man überlegt, daß hier bereits weitere Investitions-Schritte in Arbeit sind und insgesamt rund 3 Mrd. S investiert werden. Diese Investitionen kommen den Gewerbebetrieben in Steyr sehr

zugute und auch die Kaufkraft in Steyr wird dadurch sehr gestützt. Die Anwesenheit des Hr. Finanzministers habe ich dazu benützt, um die wichtigsten 5 Projekte, die auch der Unterstützung des Bundes bedürfen, an ihn in schriftlicher Form heranzutragen. Ich hätte das sonst an den Hr. Bundeskanzler herangetragen - das werde ich auch noch tun -, aber er war ja entschuldigt wegen seiner Operation. Zunächst geht es um die Realisierung des Verkehrsvorhabens "Nordspange" - ein ganz wichtiges Projekt und ich habe ihn in dieser Richtung gebeten, uns zu unterstützen. Zweiter Punkt, ebenfalls eine Verkehrsmaßnahme - Bahnhofsüberbauung "Verkehrsdrehscheibe Bahnhof. Dritter Punkt: Sanierung des städt. Hallenbades - ein für uns sehr wichtiger Aspekt, der hier der Unterstützung des Bundes bedarf. Viertens die Errichtung der Geschützten Werkstätte. Fünftens ein Zuschuß zur Überdachung unserer Kunsteisenbahn.

Meine Damen und Herren, betreffend die Errichtung der Geschützten Werkstätte darf ich Ihnen mitteilen, daß am 15. 1. bei LR Mag. Klausberger eine Besprechung stattgefunden hat. Diese Besprechung wurde von Vbgm. Sablik und Fr. Stadträtin Ehrenhuber durchgeführt; die zuständigen Damen und Herren der LR und Vertreter der Geschützten Werkstätte Linz

waren anwesend. Es soll also nach dem Behinderten-Einstellungsgesetz eine entspr. Arbeitsstelle für 60 bis 70 Behinderte errichtet werden. Von diesen 60 bis 70 sollen 30 Mitarbeiter nach dem Oö. Behindertengesetz Arbeit finden. Das ist also eine stärkere Behinderung bzw. ein höherer Behinderungsgrad, der in diesem Fall vorliegt. Einschließlich der Administration und der Werkstättenleitung ist mit einem Gesamtmitarbeiterstand von 80 zu rechnen.

Das wurde geprüft, die Notwendigkeit ist ausreichend bestätigt und auch die Klientel ist vorhanden. Insgesamt 617 behinderte Menschen sind beim Arbeitsamt Steyr vorgemerkt. Es ist auch notwendig, hier mit beträchtlichen Kosten zu rechnen; mittlerweile betragen die geschätzten Errichtungskosten + Einrichtungskosten (Maschinenausstattung etc.) zwischen 35 und 40 Mill. S. Die Kosten müssen von Bund und Land übernommen werden, wobei wir uns auch bemühen, daß die Strukturverbesserungsmittel, die von der Bundesregierung im Ausmaß von 1 Mrd. S in letzter Zeit bereitgestellt wurden, "anzuzapfen" und wir haben sozusagen eine Reservierung von 10 Mill. S für die Geschützte Werkstätte in Steyr angepeilt. Auch darüber habe ich mit dem Hr. Finanzminister und dem Hr. Sozialminister gesprochen. Ich

hoffe, daß unsere Bemühungen entspr. erfolgreich sind. Die Kosten würden etwa so aufgeteilt werden: Land OÖ - 15 Mill. S; Bund (Ausgleichstaxfonds) - 15 Mill. S; und 10 Mill. aus den Strukturverbesserungsmitteln.

Das wäre einmal unser Finanzierungs-Vorschlag. Unser Beitrag ist ja die Bereitstellung des Grundstückes; das haben wir im GR bereits beschlossen.

Weiters habe ich - das ist sehr wichtig - zugesagt, daß ich mich mit den Steyrer Großbetrieben in Verbindung setze und diese um Erteilung von Aufträgen an die Geschützte Werkstätte ersuche. Ich habe diesbezüglich schon Gespräche geführt und auch beim Neujahrsempfang wieder dazu aufgerufen!

Betreffend die Resolution über die Förderung umweltschonender Verkehrsmittel, die wir im letzten GR beschlossen haben, darf ich Ihnen berichten, daß mir die 1. Präsidentin des Oö. Landtages, Fr. Angela Orthner, mit Schreiben vom 7. 1. 1993 mitgeteilt hat, daß sie diese Resolution an den zuständigen Ausschuß des Oö. Landtages zur Bearbeitung weitergeleitet hat. Auch Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck hat auf die Übersendung unserer Resolution reagiert und mit Schreiben vom 12. 1. 1993 mitgeteilt, daß er diese zur Kenntnis genommen hat.

In Punkt 4) geht es um die KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STS gem. § 54

Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen StS-Sitzungen an alle GR-Mitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der GR-Einladung bei.

Bevor ich nun zu Punkt 5) der Tagesordnung - VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE - komme, möchte ich mitteilen, daß mir ein Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen GR-Fraktion vorliegt. Das Original liegt hier, er ist ausreichend unterstützt. Es geht der Freiheitlichen GR-Fraktion darum, einen Dringlichkeitsantrag gem. § 7 der GO der Stadt Steyr einzubringen.

Der GR wolle beschließen: Resolution zu Westbahn über Steyr

Das im Jahr 1992 usw. - mittlerweile wurde der Antrag ausgeteilt und wenn Sie erlauben, lese ich ihn jetzt nicht vor. Der Antrag soll in der heutigen Sitzung behandelt werden. Ich schlage vor, daß wir ihn am Ende unserer Tagesordnung einer Behandlung zuführen. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich um ein Zeichen der Zustimmung bitten. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der GR hat einstimmig beschlossen, diesen Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion am Ende der Tagesordnung in Behandlung zu nehmen.

Damit kommen wir endgültig zu Punkt Nr. 5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE - dazu darf ich

den Vorsitz an Vbgm. Erich Sablik abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bgm. das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR. Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Neuerstellung einer Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat. Es geht dabei um eine Novellierung, der Amtsbericht liegt vor, gibt im Detail Auskunft und es wurde vorberaten. Im wesentlichen eine wichtige Änderung, daß hier die Erneuerung des Gest.-beirates in Hinkunft partiell erfolgen soll.

Im abwechselnden Jahresrhythmus soll jeweils 1 Mitglied und im darauffolgenden Jahr 2 Mitglieder erneuert werden, wodurch jedes Mitglied nach 2jähriger Funktionsperiode im Gest.-beirat wiederum ausscheidet und dennoch gewährleistet ist, daß nicht alle 3 Mitglieder des Gest.-beirates gleichzeitig ausscheiden, wodurch eine gew. Kontinuität im Wirken des Gest.-beirates gewährleistet werden soll. Der Antrag des StS lautet:

1) Präs-227/89

Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates d. Stadt Steyr; Novellierungsvor-

schlag.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD vom 28. 12. 1992 wird die Geschäftsordnung für den beim Mag. der Stadt Steyr eingerichteten Gestaltungsbeirat beschlossen.

Die Kundmachung dieser Geschäftsordnung hat durch Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr in der Dauer von 2 Wochen zu erfolgen. Die Geschäftsordnung für den beim Mag. Steyr eingerichteten Gestaltungsbeirat tritt mit Ablauf des Tages seiner Kundmachung in Kraft. Mit gleichem Datum tritt die mit Beschluß des GR der Stadt Steyr vom 14. 12. 1989 erlassene Geschäftsordnung für den beim Mag. der Stadt Steyr eingerichteten Gest.-beirat außer Kraft.

(BEILAGE)

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für den Bericht. Zu Wort ist Hr. Vbgm. Dr. Pfeil gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR. Wir haben im letzten Jahr öfters über die Zusammensetzung des Gest.-beirates und insbes. über die Vergabe im Gest.-beirat diskutiert. Wir

haben auch in Diskussionen vorgeschlagen, bei wichtigen Bauprojekten zwingend vorzuschreiben, daß sie in den Gest.-beirat kommen. Es wurde nun eine Novellierung der GO vorgenommen und, wie bereits im StS angekündigt, erscheint mir das zwar richtig, aber noch etwas zu wenig. Wir haben daher seitens der Freiheitlichen GR-Fraktion folgenden Abänderungsantrag:

In Punkt 1) ist zwischen dem Absatz 1 und 2 noch folgender Absatz einzufügen:

Dem Gest.-beirat sind folgende Bauprojekte zwingend vorzulegen:

- 1.) Neubau von Großbauten
- 2.) Bauvorhaben von bes. Bedeutung für das Stadtbild, insbes. alle Bauten innerhalb des historischen Stadtkernes
- 3.) Bauvorhaben der öffentl. Hand; ausgenommen: geringfügiger Umbau bzw. Erweiterung von bestehenden Bauten bzw. Teilen von solchen (z. B. Dachausbau, Dachgaupen, Gargagen), und Neubau von Bauten von untergeordneter Bedeutung

Zusätzlich soll der Punkt 6) der GO "Sonstige Sitzungsteilnehmer" lauten:

Außerdem können an den Sitzungen des Gest.-beirates der Bürgermeister sowie vom Bgm. zu delegierende Mitglieder des StS, die Fraktionsvorsitzenden der im GR vertretenen pol. Parteien, die Mitglieder des gemeinderätl. Bauausschusses,

der MD, der Bauwerber und der Planverfasser teilnehmen. Weiters ist einem Bevollmächtigten Vertreter der Ingenieurkammer sowie vom Bürgermeister ausdrücklich eingeladenen Personen die Teilnahme an den Sitzungen gestattet. Im Bedarfsfalle sind in beratender Funktion die erforderlichen Sonderfachleute beizuziehen.

Ich bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, für dieses wichtige Gremium, das uns sehr viel Geld kostet und das für die Stadt sehr effizient arbeiten soll, die Zustimmung zu geben, damit der Gest.-beirat auf grundlegende Regelungen zurückgreifen kann. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht weiters das Wort?
Hr. StR Ing. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Im letzten StS habe ich vorgeschlagen und bekanntgegeben, daß Hr. DI Grabner beauftragt ist, gew. Richtlinien auszuarbeiten, welche Bauvorhaben dem Gest.-beirat vorgelegt werden sollen. U. a. habe ich diese Bauvorhaben, die Vbgm. Dr. Pfeil jetzt angeführt hat, dort auch angezogen. Ich glaube aber, wir wollen die umfangreichere Auflistung abwarten und diese dann als

Vorschlag für die Beamten in die Geschäftsordnung des Gest.-beirates einbringen.

Bezüglich der Mitglieder des Bauausschusses glaube ich, ist dieses Gremium zu weit gestreut. Diese Bauvorhaben werden ja vorher im Bauausschuß beraten und dann dem Gest.-beirat zugeleitet; jeder Fraktions-Obmann, die Vizebürgermeister, der Baureferent, und der Bürgermeister haben Gelegenheit, dort die Stellungnahme des Gest.-beirates zur Kenntnis zu nehmen bzw. auch mit den Architekten des Gest.-beirates zu diskutieren.

Die Namhaftmachung der Architekten wurde uns von der Ingenieur- und Architektenkammer vorgegeben, ist heute über das Land OÖ und Salzburg hinaus ausgedehnt worden. Es ist ein Architekt aus Wien, einer aus Salzburg und - so viel ich weiß - einer aus Leibnitz vorgeschlagen. Den Wechsel, so wie er hier in dieser neuen GO vorgesehen ist, haben wir auch schon bei den ersten Gest.-beirats-Architekten vorgehabt, weil wir glauben, daß immer ein Architekt ausscheiden soll und zwei für die laufenden und zu bearbeitenden Bauvorhaben in der Kommission bleiben müssen.

Prinzipiell stimmen wir dieser GO zu, wobei die Vorschläge über die dem Gest.-beirat vorzulegenden Bauvorhaben auf Vorschlag der Liste des DI Grabner zu einem späteren Zeitpunkt kommen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Danke sehr; als nächster hat sich Hr. GR Payrleithner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Hohes Präsidium, werte Damen und Herren des GR! Als Mitglied des Bauausschusses möchte ich ein paar Bemerkungen zu unserem Abänderungsantrag sagen. Vor allem bei Punkt 6) kann ich mich den Vorstellungen des Hr. StR Schloßgangl nicht ganz anschließen. Ich finde, daß die Politiker ja letzten Endes die Entscheidungen treffen. Der Gest.-beirat - wie der Name schon sagt - ist ja ein Beirat, der - wie die Ereignisse im Vorjahr gezeigt haben - für uns schon sehr wichtig ist und als Information dienen soll, mit welchen Argumenten die Architekten im Gest.-beirat Vorhaben befürworten oder ablehnen. Ich darf nur an die Wohnanlage, die in der Stelzhamerstraße errichtet werden soll, erinnern. Das hat für mich aus vollkommen unverständlichen Gründen im ersten Anlauf den Gest.-beirat passiert. Inzwischen hat sich sogar der Hr. Vbgm. für eine Umplanung ausgesprochen. Mich hätte es als Bauausschuß-Mitglied schon sehr interessiert, mit welchen Argumenten die Architekten im Gest.-beirat dieses Projekt befürwortet

haben, das ja bekanntlich nicht nur auf pol. Ebene auf sehr wenig Gegenliebe stößt, denn es gibt dort auch seitens der Anrainer (Bürgerinitiative!) heftigste Widerstände gegen dieses - meiner Meinung nach - schreckliche Objekt, das eher einem Flughafen gleichschaut. Die Dachlandschaft paßt in diese Siedlung überhaupt nicht hinein! Ich glaube, gerade der Abschnitt Nr. 6) ist ganz wichtig. Ich habe die Unterlagen des Gest.-beirates von Salzburg hier. Dort sind die jeweiligen Sitzungen überhaupt öffentlich! Das möchte ich dazu noch bemerken.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall, also bitte ich den Bgm. um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR, wir haben ja diese Thematik im StS ausführlich diskutiert - ausführlich diskutiert! Wir konnten auch schon Erfahrungen sammeln mit dem Umgang von Bauvorhaben, welche hier dem Gest.-beirat vorgelegt wurden. Wir haben die Meinung vertreten, daß diese Novellierung unseren Vorstellungen entspricht; dann wurde noch diese Formulierung "grundsätzlich" eingefügt, damit nicht nur der Bauausschuß beschließt, welche Projekte zugewiesen werden,

sondern auch andere Einflußmöglichkeiten aus den Organen der Stadt heraus möglich sind.

Nach ausführlicher Debatte haben wir im StS einstimmig beschlossen, diesem Vorschlag beizutreten. Daher kommt es mir schon etwas merkwürdig vor, wenn einige Tage später wieder ein Abänderungsantrag eingebracht wird. Und zwar von Personen, die dort nach ausführlicher Diskussion und Beratung die Hand gehoben haben. Ich persönlich bin nicht der Meinung, daß nicht auch hier weiter Novellierungen zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein sollen. Aber gegenwärtig neige ich dazu und glaube vertreten zu können, daß wir bei dem ursprünglichen Vorschlag bleiben sollen. Das ist jedenfalls meine Auffassung zu diesem Thema.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Abänderungsantrag. Wer für den vorliegenden Abänderungsantrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 9 Stimmen (7 FP, 2 GAL). Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Wer ist gegen den Abänderungsantrag? Der Rest (SP + VP). Danke. Nun stimmen wir über den Hauptantrag ab. Wer für den Akt in der ursprünglichen Form ist, den bitte ich um Zeichen der

Zustimmung. Danke. Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Auch keine. Einstimmig. Danke, ich bitte um Punkt 2).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Mit dem nächsten Tagesordnungspunkt soll beschlossen werden, daß die Verlustabdeckung für den Verein FAZAT für das Geschäftsjahr 1993 erfolgt. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

2) Bau2-6446/86

Verein FAZAT; Verlustabdeckung f. das Geschäftsjahr 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD vom 5. 1. 1993 wird zur Verlustabdeckung der FAZAT-Steyr-GmbH. für das Geschäftsjahr 1993 ein Beitrag der Stadt Steyr in Höhe von S 2,999.541,-- bewilligt, der an die FAZAT-Steyr-GmbH. in vier gleichen Teilen zu je S 749.885,25 unmittelbar nach Beschlußfassung durch den GR der Stadt Steyr sowie am 5. 4., 5. 7. und 5. 10. 1993 zur Auszahlung zu bringen ist. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2,999.500,--

(zweimillionenneunhundertneunundneunzigtausendfünfhundert)

werden bei VSt
1/2890/757100.3 für das
Rechnungsjahr 1993 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-
LIK:

Wer wünscht zu diesem Punkt
eine Wortmeldung? Niemand,
also darf ich zur Abstimmung
kommen. Wer für diesen Antrag
ist, den ersuche ich um ein
Zeichen mit der Hand.
Stimmenthaltungen?

GEMEINDERAT DR. TILMAN
HORST SCHWAGER:

Nachdem ich im FAZAT-Vorstand
bin, enthalte ich mich der
Stimme!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich folge dem Beispiel der FPÖ-
Fraktion in diesem Punkt!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-
LIK:

4 Enthaltungen (1 SP, 2 FP, 1
VP). Gegenstimmen? Keine. Der
Antrag ist mit 4 Enthaltungen
angenommen. Danke - ich
ersuche um Punkt Nr. 3).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt
sich mit dem Ankauf von
zusätzlichen Heimplätzen bei der
Wirtschaftshilfe für Studenten in
der Steiermark. Es ergeht der
Antrag des StS an den GR:

3) Ha-5334/89

Wirtschaftshilfe für Stu-
denten Steiermark; Ankauf
von zusätzl. Heimplätzen.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes des
Referates für Schule und Sport
vom 16. 12. 1992 wird der
Wirtschaftshilfe für Studenten
Steiermark, für die Einräumung
des alleinigen Einweisungs-
rechtes für zwei Heimplätze im
Studentenwohnhaus Wiener
Straße 58 a, 8020 Graz, ab dem
Jahr 1993 auf die Dauer von 15
Jahren, eine einmalige, nicht
rückzahlbare, ao. Subvention in
Höhe von S 200.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden
Mittel im Ausmaß von

S 200.000,--

(zweihunderttausend)

bei der VA-Stelle
1/2890/757000.5 für das
Rechnungsjahr 1993 freigegeben.

Sie sind im Budget verankert; ich
darf mitteilen, daß die Nachfrage
bei den Studentenplätzen in Graz
sehr stark ist. Wir haben
gegenwärtig zwei Plätze; es
handelt sich hier um zwei
weitere Plätze. In den
Studienrichtungen Medizin und
Architektur ist die Nachfrage
sehr groß und ich bitte daher um
Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-
LIK:

Danke für den Vortrag. Wer
wünscht dazu das Wort? Keine
Wortmeldung, also kommen wir

zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen. Punkt Nr. 4) bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Bei Punkt 4) sollen Rückzahlungen der für 1992 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege erfolgen. Versch. Vereine sollen insgesamt eine Summe von S 802.760,-- zurückerstattet erhalten.

4) Ha-8261/92

Rückzahlung der für das Jahr 1992 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 15. 12. 1992 wird der Rückzahlung der für das Jahr 1992 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege in nachstehendem Umfang zugestimmt: SK Vorwärts, Sektion Fußball: S 777.751,--; SK Amateure, Sektion Fußball: S 16.389,--; ATSV Vorwärts Steyr, Sektion Fußball: S 2.689,--; ASV Bewegung Steyr, Sektion Fußball: S 1.304,--; ATSV Stein, Sektion Fußball: S 978,--; ASKÖ BSG Steyr, Basketball: S 1.620,--; ASKÖ Basketball: S 73,--; ATSV Vorwärts, Eishockey 91/92: S

1.956,--; Gesamtsumme: S 802.760,--.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 802.800,--

(achthundertzweitausendachthundert)

bei der VA-Stelle 1/2690/757000.9 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldungen, also stimmen wir ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Danke - einstimmig beschlossen.

Ich gebe den Vorsitz zurück an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile gleichzeitig Koll. Vbgm. Sablik das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren des GR, ich habe Ihnen hier zwei Anträge vorzulegen. Beim ersten geht es um die Akontozahlung an den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 1992. Es handelt sich um den Mitgliedsbeitrag in Höhe von 6,766 Mill. S - ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

5) Wa-5450/75

Akontozahlung an d. Reinhaltungsverband Steyr u. Umgebung f. d. Finanzjahr 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II vom 27. November 1992 wird der Akontozahlung in Höhe von S 6,766.000,-- für den Mitgliedsbeitrag 1992 zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 6,766.000,-- bei der VAST. 1/8110/774000.1 genehmigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag das Wort gewünscht wird? Ich sehe, das ist nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für die Annahme. Der zweite Akt befaßt sich mit dem Ankauf einer Kleinkehrmaschine für Gehsteige, Geh- und Radwege. Ich möchte nur hinzufügen, daß die gleichen Maschinen beim Wi-Hof der Stadt Linz bereits ein Jahr in Erprobung stehen und es keinen Anlaß zu Schwierigkeiten

gibt. Ich ersuche um Freigabe von 1,253.200,-- Schilling und Vergabe des Auftrages an die Fa. Intropa, Wien.

6) ÖAG-12/93

Städt. Wi-Hof

Ankauf einer Kleinkehrmaschine für Gehsteige, Geh- und Radwege.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Städt. Wi-Hofes vom 4. 1. 1993 wird dem Ankauf einer Kleinkehrmaschine der Type City Cat K-1500 incl. Zusatzausrüstung bei der Fa. Intropa, Wien, zum Preise von S 1,235.093,74 incl. MWSt zugestimmt. Gleichzeitig wird der Ankauf eines Funkgerätes bei der Fa. Elin, Linz, zum Preise von S 18.090,-- incl. MWSt bewilligt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,253.200,--

(einemillionzweihundertdreißigtausendzweihundert)

bei der VA-St. 5/8200/040000.9 für das Rechnungsjahr 1993 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht?

Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. Vbgm. Sablik, nächste Berichterstatterin ist Frau StR Ingrid Ehrenhuber - ich erteile ihr das Wort.

BERICHTERSTATTERIN STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag ersuche ich Sie um Genehmigung der Voranschläge für das Jahr 1993 zur Durchführung der Mobilen Altenhilfe und Sozialen Betreuungsdienste.

7) SH-2200/90

Erlaß

Mobile Altenhilfe und Soziale Betreuungsdienste; Genehmigung der Voranschläge für 1993; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 17. 12. 1992 werden 1. die Voranschläge 1993 der Vereine "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege" vom 28. 10. 1992 und "Verein Miteinander - Mobiler Hilfsdienst" vom 17. 6. 1992, betreffend die Mobile Altenhilfe und Sozialen Betreuungsdienste, im Umfang der

Genehmigung des Landes OÖ bewilligt,

2. die erforderlichen Mittel zur Deckung des Abganges der Vereine im Ausmaß von ca. S 2.315.000,-- für den "Verein Steyrer Heimh. und Hauskrankenpfl." und ca. S 655.000,-- für den "Verein Miteinander - Mobiler Hilfsdienst" - gesamt S 2.970.000,-- bei der VSt. 1/4240/757100.9 freigegeben.

Die Auszahlung der Beträge soll in zwei Teilen erfolgen; 50 % werden am 1. 3. 1993 und 50 % am 1. 9. 1993 an die durchführenden Vereine ausbezahlt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Koll. StR Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des GR, geschätztes Präsidium! Der vorliegende Antrag ist an sich eine Selbstverständlichkeit und es sollte darüber auch gar keine weitere Diskussion geben müssen - auch nicht dürfen, weil ja die Gemeinde verpflichtet ist, die Finanzleistungen zur Folge einer Vereinbarung mit dem Land OÖ auch tatsächlich zu erbringen. Die Budgets der Vereinigungen, die die mobile Altenhilfe und sozialen Betreuungsdienste auch tatsächlich durchführen, sind ja

von Amts wegen hinsichtl. ihrer Rechtmäßigkeit geprüft worden. Warum ich mich zu Wort melde, hat den Hintergrund-Zusammenhang des Schicksals der alten pflegebedürftigen Menschen, die ja nur zum Teil durch die mobilen Hilfsdienste tatsächlich mit Hilfe versorgt werden können. Das Problem dieser alten und kranken Menschen ist ein zweidimensionales. Das erste ist die Unterbringung in einem Alten- und Pflegeheim (oder die Alternative "Hauskrankenpflege") und das zweite ist die Finanzierung der Unterbringung in einem Alten- und Pflegeheim. Durch die versch. Maßnahmen von Land und Bund und auch durch die finanzielle Zuwendung durch die Stadt ist es möglich, daß die freie Altenhilfe die einzelnen Bürgerinnen und Bürger nicht an die finanziellen Wurzeln heranzieht. Es gibt das Pflegegeld, es gibt die div. Beihilfen und es gibt ja öffentl. Zuwendung. Die Situation jener, die ins Altersheim müssen, ist eine ganz andere - das sollte uns auch bewußt sein. Gerade in diesem Zusammenhang! Bitte fassen Sie das jetzt nicht als Mißbrauch der Tagesordnung auf, sondern als Verständniserleichterung für die Zusammenhänge.

Ein älterer Mensch, der für die Hauskrankenpflege nicht mehr in Frage kommt - sei es, weil er 24 Std. am Tag betreut werden muß oder weil die Art der Betreuung ganz einfach für die

Hausunterbringung nicht mehr geeignet ist. Dieser ältere Mensch kommt, wenn er Glück hat, in ein Pflegeheim und dort fallen irrsinnige Kosten an. Wir werden uns als GR im heurigen ersten Halbjahr vermutlich noch damit auseinandersetzen müssen, daß diese irrsinnigen Kosten zum größten Teil an die Bewohner des Alten- und Pflegeheimes - jetzt konkret in unserem Fall - Tabor weitergewälzt werden müssen und wir werden plötzlich draufkommen, daß sehr viele Menschen gar nicht in der Lage sind, diese Mittel aufzubringen. Wir werden dieses Thema sehr ausführlich im GR diskutieren - darüber bin ich mir sicher!

Es hat zur Folge, daß die nahen Angehörigen dieser Menschen nicht zur Finanzleistung herangezogen werden dürfen, sondern, daß die Stadt als Sozialhilfeverband (das ist der Nachteil der autonomen oder Magistrats-Stadt Steyr) aus ihren eigenen Mitteln abfinanzieren muß, was an Betriebsverlusten dort auftritt bzw. was aus dem Ansatz der Einzeltarife der Beitragsentrichtung der einzelnen Bewohner des Hauses zugeschossen werden muß. Da kann man sagen, na gut, die reiche Stadt Steyr soll das leisten - das wäre ganz flott und ganz schön, wenn das so ginge. Jetzt kommt wieder ein aber: Mir ist das sehr bewußt geworden bei der Vorsprache eines Steyrer Bürgers bei einem meiner Sprechstage vergangene Woche,

der sich bemüht, seinen Vater im Altersheim unterzubringen. Er hat in einem Vorbezirk unserer Stadt Steyr das elterliche Haus ausgebaut. Der Vater ist schon lange in Pension; der Mann mit seiner Familie hat das Haus ausgebaut und hat aber seinem Vater den Besitz belassen, weil er den alten Herrn nicht einfach enteignen wollte. Beide Familien wohnen drinnen - der Vater und die junge Familie (2 Erwachsene, 2 Kinder; eins davon studiert). Jetzt kommt die Situation: Wenn es gelingt, den pflegebedürftigen Menschen bei uns im Altenheim unterzubringen, so wird das Haus dieser Familie mit einer Hypothek belastet, wenn die Finanzkraft der Familie nicht ausreicht, weil es noch Eigentum der alten Menschen ist - obwohl es wertgesteigert die Investition der Jungen hat und obwohl das fundamentale Wohninteresse der Jungen durch die Fortführung dieses Hauses im erweiterten Zustand gewährleistet wird. Ohne daß diese Leute jetzt einer öffentlichen Wohnungsvergabe zur Last fallen. Gerade weil sie diese Initiativen gesetzt haben, werden sie nach unseren sozialen Gesetzen bestraft dafür, daß sie - weil ihr Vater im Altersheim untergebracht wird - ihr Haus mit einer Hypothek bis an die Belehnungs-Höchstgrenze heran belastet sehen.

Vor diesem Hintergrund spielt sich jetzt die Mittelzuführung an die Altenhilfe ab. Die Stadt Steyr hat die Möglichkeit nicht, hier

Nachsicht zu üben, weil die Sozialgesetze so gelagert sind. Es ist also keine Böswilligkeit der Stadt Steyr, sondern da sind ganz einfach unsere Gesetze so. Ich glaube, daß wir auch sehr gut beraten wären als politische Mandatsträger, in allen Parteien daran zu gehen, dies zu überdenken. Wenn die junge Familie aus dem Elternhaus ausgezogen wäre, nicht das Haus instand gesetzt hätte und damit auch die Wohnbedingungen der alten Leute verbessert hätte, sondern in eine Mietwohnung der öffentlichen Hand eingezogen wäre, so müßte die öffentl. Hand die Unterbringung im Altenheim begleichen. Wenn diese Leute nicht die solidarische Familien-Zusammengehörigkeit bewiesen hätten, dann müßte - weil er ein Eigenheim gebaut hat - dieser junge Mensch vollkommen schadlos gehalten sein aus der Unterbringung seiner Eltern! Weil sie aber versucht haben, die Eltern so lange wie möglich mit Hilfe der Hauskrankenpflege im Wohnverband durchzubringen, wird jetzt das Haus belastet. Hier geht es schon "ans Eingemachte" im sozialen Empfinden - finde ich, meine Damen und Herren; wenn man nicht glaubt, daß Eigentum Diebstahl ist.

Natürlich ist es klar, daß, wenn ein älterer Mitbürger, der jetzt pflegebedürftig ist und noch ein frei verfügbares Einkommen oder Vermögen hat, dieses herangezogen werden sollte zur Unterbringung. Aber ich

persönlich bezeichne dieses Mitbenützenlassen durch eine Familie (ohne daß ein aus dem Grundbuch ersichtlicher Rechtsanspruch entstanden ist) doch sehr wohl als eine legitime Einschränkung der freien Verfügbarkeit, wenn das aber auch nach dem Gesetz so nicht ist. Jetzt kommt dann diese Tarifnot der alten Menschen und zugleich noch die Not der Stadt Steyr, die - weil sie als finanzstark gilt - ununterstützt die Betriebsabgänge im Altenheim leisten muß!

Das neue Pflegebeihilfegesetz des Bundes regelt zwar mittlerweile Gott sei Dank einen denkbaren Teilersatz durch das Zurverfügungstellen von Geldern auch für die in Heimen Untergebrachten, aber es wird - das muß uns auch klar sein - noch einige Zeit dauern, bis die Anspruchsberechtigten erstens festgestellt, zweitens in ihrer Anspruchshöhe ermittelt und drittens aus ihrem Anspruch befriedigt sind. Das wird also nicht von heute auf morgen gehen. Das Gesetz wird wirksam mit Sommer, die Erhebung zieht sich fraglos noch einige Zeit dahin und die Not der Menschen wird relativ groß sein!

Natürlich stimmen wir der Förderung der Mobilen Altenhilfe und Sozialen Betreuungsdienste als ÖVP Steyr zu. Aber ich kann es mir wirklich aus der Problemsicht her nicht verkneifen, Ihnen die vorhergehende Stellungnahme

geliefert zu haben. Ich bitte Sie wirklich, für sich selbst zu überlegen, ob alles gerecht ist, was Recht heißt, und ob alles sozial ist, was Sozialgesetz heißt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall; wünscht die Berichterstatterin ein Schlußwort? Auch nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt, daher einstimmige Annahme des Antrages Nr. 7). Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um die finanzielle Abwicklung des Flüchtlingslagers Stelzhamerstraße. Der Antrag lautet:

8) SH-4438/92

Flüchtlingslager Stelzhamerstraße; finanzielle Abwicklung; Mittelfreigabe für das Jahr 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 22. 12. 1992 wird für die Unterbringung von 35 bosnischen Vertriebenen im Flüchtlingslager Stelzhamerstr. für das Jahr 1993 ein Betrag von insgesamt S 1.660.000,--, und zwar

S 1,475.000,--
(einemillionvierhundert-
fünfundsiebzigtausend)
bei VSt 1/4260/401000.9 und
S 185.000,--
(einhundertfünf-
undachtzigtausend)
bei VSt 1/4260/729000.4
freigegeben. Ein Teil dieser
Kosten wird der Stadt Steyr von
der Oö. LR vergütet werden,
wobei der exakte Refun-
dierungsbetrag noch nicht
bekanntgegeben ist.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag
Ihre Zustimmung zu erteilen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke. Gibt es dazu eine
Wortmeldung? Herr Koll.
Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYR-
LEITHNER:

Werte Kolleginnen und Kollegen
des GR! Ich darf vorausschicken,
daß wir diesem Antrag
selbstverständlich zustimmen
werden. Ich möchte aber doch
ein paar kritische Bemerkungen
dazu machen, weil sie irgendwo
in Verbindung mit der Gest-
beirats-Diskussion stehen. Wir
haben hier die Entscheidung
getroffen, für das gesamte Jahr
1993 diese Flüchtlinge in der
Stelzhamerstr. zu beherbergen.
Was 1994 sein wird, ist jetzt
wahrscheinlich noch nicht ganz
absehbar.

Vor kurzem hat uns aber Hr.
Arch. Reitter im Wohnungs-

ausschuß gesagt (bzw. im Gest-
beirat ist ja auch die
Entscheidung gefallen), er
möchte im Frühjahr dort bereits
die Bauverhandlung abhalten
und mit einem Bau von
Wohnungen beginnen - obwohl
sich dort nicht nur Flüchtlinge
befinden, sondern auch noch die
Fa. Vratny, die meines Wissens
noch außerhalb der Kün-
digungsmöglichkeiten steht, da
die Gemeinde nicht von ihrer
Möglichkeit Gebrauch gemacht
hat, sie rechtzeitig zu kündigen!
Wie dort diese Baustelle dann
abgewickelt werden soll -
obwohl zugleich auf der einen
Seite die Flüchtlinge sind und auf
der anderen Seite die
Dachdeckerei -, das ist mir
ehrlich gesagt schleierhaft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Nächster ist Herr Koll. StR Holub
bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich möchte auf die Ar-
gumentation des Hr. GR Payr-
leithner nicht näher eingehen,
weil ich nicht über ein
Bauvorhaben in der Nähe bzw.
auf dem Grundstück sprechen
will, sondern über die Menschen,
über die sich dieser Antrag
erstreckt. Ich glaube auch, daß
das Los von Schicksalen bzw. das
Schicksal der Flüchtlinge einfach
zu ergreifend ist, daß man das
hier als spektakuläre Gelegenheit
benützt, um über ein
Bauvorhaben zu diskutieren. Das

an Deine Adresse, lieber Sportskamerad Payrleithner!

Die Situation der Menschen in einem Flüchtlingslager muß man sich einmal vor Augen führen: der Heimat entwurzelt, ohne jeden Sinn im Leben, vielleicht sogar mit der Sorge um die Angehörigen zu Hause, angefeindet als "de Flüchtling", "die Ausländer", "de Obazarer" - und was es noch alles an so schönen Ausdrücken gibt. Sie sind dann auch noch gezwungen, Verpflegungs-Empfänger zu sein - das geht mir sehr in die Seele, wenn ich mir vorstelle, daß ich in dieser Situation leben müßte.

Ich wäre sehr froh, wenn es gelungen wäre und vielleicht doch gelingt, darüber nachzudenken, ob nicht die Situation der Menschen dort geändert werden könnte. Als man die Verpflegung über die Küche des Altenheimes für diese Menschen organisierte, war das aus der Not des Augenblicks die richtige Maßnahme. Niemand konnte wissen, wie lange das Elend in Bosnien und dem ehem. Jugoslawien andauert, wie lange dieser Wahnsinn noch fortschreitet; niemand konnte wissen, wie lange die Notwendigkeit zur Unterbringung ist, aber die Leute waren vom ersten Tag an zu verpflegen. Die Entscheidung war richtig - benützen wir doch die Küche, die zur Verfügung steht, und geben wir ihnen zu essen.

Die Entscheidung stelle ich aber jetzt in Frage bei weiterem

Fortbestand - nicht nur, weil die Küche aus dem Altenheim einen kaufm. kalkulierten Preis für das Essen verlangen muß (sonst zahlen wieder die alten Menschen die Verpflegung für die Flüchtlinge), sondern auch, weil die Würde des Menschen untrennbar mit dem Recht auf Arbeit verbunden erscheint - untrennbar!

Wir müssen davon ausgehen, daß es dort lagerzugehörige Personen gibt, die sehr wohl in der Lage sein sollten, nach Art des Landes, nach Art ihrer Landsleute für sie zu kochen. Nicht alles, was man auf dem Balkan als Delikatesse bezeichnet, ist Bestandteil unserer Küche - und nicht alles, was unseren Gaumen erfreut, ist logischer Bestandteil der balkanstämmigen Ernährung.

Ich glaube, daß es nicht nur - aber auch - ökonomisch vorteilhafter wäre, eine Kochstelle einzurichten. Das muß ja nicht die Küche im Sacher sein, die man dort zur Verfügung stellt, aber doch eine Koch- und Abwaschmöglichkeit! Aber vor allen Dingen die Anreicherung in der Menschenwürde, für sich selbst sorgen zu dürfen - das wäre es! Auch wenn es vielleicht heißt, daß den Flüchtlingen nicht direkt Geld in die Hand gegeben werden darf - so wurde es von den zuständigen Referenten geschildert -, dann muß man sich auf der anderen Seite doch vor Augen führen, daß alle jene, die nicht in einem städt. Lager untergebracht sind, sehr wohl

mit einem Bargeldbetrag ausgestattet werden, um ihr Leben fristen zu können. Die Caritas verteilt diese Mittel und es gibt in unserer Mitte ein Beispiel für eine Unterbringung - ich weiß nicht, ob es Ihnen allen bekannt ist, aber unser Koll. Sepp Mayr beherbergt in seinem Haus eine ganze Anzahl von Flüchtlingen und hat dort eine Wohnung eingerichtet - die Kochstelle kommt mir sehr bekannt vor, die dort zur Verfügung steht (das ist nämlich die alte Küche, die mir einmal bei einem Umbau übrig geblieben ist). Sie erfüllt aber noch voll ihre Funktion.

Soweit ich das beurteilen kann, sind die Menschen sehr froh darüber, daß sie für sich selber sorgen können und für sich selber sorgen dürfen. Nach Möglichkeit sollten wir denen in der Stelzhamerstraße auch das Recht auf freie Fürsorge für sich selbst nicht verwehren. Das möchte ich als Appell dazu richten! Ich empfehle der ÖVP-Fraktion (durch die Konstellation mit dem GR-Zurücklegen darf ich ja nicht mitstimmen), unter dem Vorbehalt diesem Antrag zuzustimmen, daß er einmal einen finanziellen Rahmen darstellt für die weitere Abwicklung, aber verbinde damit die Bitte an die Verantwortlichen, doch mit etwas mehr Nachdruck zu untersuchen, ob nicht eine menschliche Behandlung durch Aufgabenstellung und "Mensch

sein dürfen" auch für diese Personengruppe in Aussicht gestellt werden kann!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke für diesen Beitrag. Wir haben im StS besprochen, daß wir hier prüfen werden, ob nicht eine Anpassung an die mittlerweile sich verändernden Gegebenheiten erfolgen soll und in welcher Weise dies geschehen wird.

Ich möchte noch eine kurze erläuternde Bemerkung machen Richtung Koll. Payrleithner, dem das ein wenig schleierhaft ist. Ich werde versuchen, den Schleier ein bißchen zur Seite zu ziehen. Wir wissen, daß dieses Bauvorhaben - dazu wurde heute schon Stellung genommen - nicht so rasch und schnell umgesetzt werden wird. Es gibt hier eine Reihe von unterschiedl. Positionen, das ist auch ganz legitim. Daher wird es so eilig nicht gehen und ich hoffe, daß sich in der Zwischenzeit auch in Jugoslawien eine pos. Veränderung ergibt und zumind. ein Teil dieser Menschen in die Heimat zurückkehren kann. Das ist das eine.

Zum zweiten ist die Fa. Vratny und ihre Position dort ein gew. Problem, würde aber das Bauvorhaben die nächsten 4 - 5 Jahre nicht stören - lt. Aussage von Hr. Arch. Reitter.

Ich habe persönl. das Gespräch mit Hr. Vratny aufgenommen; wir konnten hier eine sehr

konstruktive Haltung feststellen und es wird vermutlich möglich sein, zu einem einvernehmlichen Ergebnis zu kommen. Er ist dort mit seinem Wirtschaftsbetrieb und will wissen, wie es bei ihm weitergeht. Das ist für mich auch verständlich. An und für sich, glaube ich, haben wir eine Perspektive gefunden, wie das sein und gehen könnte. Es handelt sich um alte Verträge, die zu modifizieren sind und das ist nicht ganz einfach. Ich wollte das nur bemerken, denn es ist nicht so, daß alles im ungewissen ist, sondern wir sind dabei, diese Dinge sehr konkret zu ordnen und im Sinne der Beschlußfassung im GR dann auch zu realisieren. Wird noch ein Schlußwort gewünscht?

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ich grundsätzlich auch der Meinung des Koll. Holub bin. Wir müssen uns allerdings an die gesetzl. Vorschriften des Bundes und Landes halten. Diesbezüglich haben wir uns bereits erkundigt, daß, wenn Flüchtlinge gemeinsam untergebracht sind, auch wir für die Verpflegung zu sorgen haben. Insofern haben wir schon eine Erleichterung geschaffen, als wir dazu übergegangen sind, daß die Flüchtlinge um einen best. Betrag bei der Fa. Mayrhofer bzw. mittels Gutscheine bei der Fa. Merkur einkaufen können. Sie

können sich dann selbst das Frühstück bzw. das Abendessen zubereiten und auch das kaufen, was ihnen schmeckt und ihren Wünschen entspricht.

Grundsätzlich dürfen wir lt. derzeitiger Regelung kein Geld an die Flüchtlinge weitergeben. Das wollte ich nur zur Aufklärung noch gesagt haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke für das Schlußwort, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem dritten und letzten Antrag geht es um eine Subvention an den Verein "Frauenarbeit". Der Antrag lautet:

9) GHJ2-270/92

Verein Frauenarbeit;
Subventionsansuchen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 7. 10. 1992 werden die Mietkosten (incl. Betriebskosten) von derzeit S 13.180,-- für die vom Verein Frauenarbeit im Objekt Berggasse 50 angemieteten Räume (113 m²) als Übergangslösung bis zur endgültigen Unterbringung des Vereines im Gebäude der ehem.

Fa. Telefunken in Munichholz von der Stadt Steyr übernommen.

Zu diesem Zweck wird dem Verein für das Jahr 1992 folgende Subvention bewilligt:

Mietkosten (incl. Betriebskosten)

Okt. - Dez. 92: S 41.200,--

Ablöse: S 47.000,--

Gebühren für Mietvertrag: S 5.500,--

Büroausstattung: S 113.000,--

Gesamt: S 206.700,--

Die erforderlichen Mittel im Betrag von S 206.700,-- werden bei der VSt 1/4291/757000.4 freigegeben.

Ich ersuche Sie, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-
THENMAYR:

Danke für die Antragstellung - wird dazu das Wort gewünscht. Frau GR Thurner bitte.

GEMEINDERÄTIN SUSANNE
THURNER:

Meine Damen und Herren, meine werten Bgm.! An und für sich habe ich nichts dagegen einzuwenden gegen diesen Antrag oder gegen diesen Verein. Im Gegenteil, ich befinde die Arbeit sicherlich für gut und außerordentlich notwendig, daß so etwas für Frauen gemacht wird. Ich bin jedoch eher der Meinung, daß diese Zwischenlösung, also diese Kosten, die dabei anfallen, eher eine teure Lösung ist. An und für sich

geht es mir jetzt nicht direkt um diesen Antrag, sondern es ist eher ein grundsätzliches Problem für mich, wo ich finde, daß es gelöst gehört. Man soll eher schauen in der Zukunft, daß man Vereine, die eine ähnliche Arbeit machen, zusammenlegt oder ein gemeinsames Gebäude von der Stadt zur Verfügung stellt.

Soweit ich informiert bin, gibt es in diesem Fall noch zwei weitere Vereine, die sich mit Arbeitslosen beschäftigen - in der Fabrikstraße unten und dann gibt es noch dieses Atrium, das sich - glaube ich - mit psychisch Kranken beschäftigt, damit sie wieder in die Arbeitswelt integriert werden.

Ich habe eher die Meinung, daß z. B. die Stadt Steyr - das wäre eine Möglichkeit - Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, daß dort die Vereine, die ähnl. Tätigkeiten haben (die brauchen ja alle ungefähr dasselbe: Seminarräume, Overhead-Projektor usw.), gemeinsam diesen Tätigkeiten nachgehen. Also nicht nur bei diesem Verein, denn es gibt ja ähnliche Vereine, bei denen man das auch machen könnte.

Ich glaube, das ist sparsamer für die Stadt und zielführender. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-
THENMAYR:

Danke sehr. Als nächste hat sich Frau Kollegin Jeloucan zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN ANNA JELOUCAN:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Ich möchte hier einmal die Gelegenheit wahrnehmen, im Zuge der Anwesenheit des gesamten GR die Klarstellung dieser Begründung vom Verein Frauenarbeit Steyr abzugeben. Vor einigen Jahren ist die Frauenarbeitslosigkeit deswegen in Steyr sehr angestiegen, weil die Waffenproduktion zur Diskussion gestanden ist. Damals wurde der Großteil der Frauen bei Steyr-Daimler-Puch in der Waffenproduktion abgebaut. Dann folgten auch andere Frauenbetriebe in Steyr - größere Frauenbetriebe: SKF, damals Steyr Wälzlager. Aufgrund der Umstrukturierungen und der Umstellung auf neue Technologien werden und wurden Frauen-Arbeitsplätze reduziert und die Frauenarbeitslosigkeit ist in diesen Zeiten enorm gestiegen. Die Frauen stehen durchwegs in einer Arbeitslosigkeit von mindestens 5 bis 6 Jahren. Auch damals war es schon ein Beweggrund für uns, daß für die Frauen etwas gemacht werden muß. Diese Arbeitslosigkeit können und dürfen wir nicht akzeptieren. Vor drei Jahren im April ist auch die Schließung des Telefunken-Werkes abrupt zur Diskussion gestanden; hier wurden 280 Mitarbeiter frei-

gesetzt - großteils (anzahlmäßig) wirklich Frauen!

Unsere Gelegenheit zur damaligen Zeit haben wir Gott sei Dank nützen können, weil eine Enquete in Steyr stattgefunden hat und die Frau BM Dohnal hier in Steyr anwesend war. Wir haben die Gelegenheit wahrgenommen und sind aufgrund dieser prekären Situation mit Dohnal ins Gespräch gekommen für eine Stiftung bzw. über eine stiftungsähnliche Maßnahme zu diskutieren, ob wir die Unterstützung von Seiten des Bundes haben. Sie hat uns die Unterstützung zugesagt und aufgrund dieser Unterstützung von Bundesseite her waren dann die Gespräche mit den zuständigen Institutionen (Landesarbeitsamt, BM für Soziales) zu führen. Insofern, weil eine Stiftung im Sinne einer Arbeitsstiftung für arbeitslose Arbeitnehmer nicht möglich war. Es hat dann sehr lange Diskussionen und Gespräche gegeben um eine Projektvorbereitung. Die Projektvorbereitung hat auch die Frauenministerin Johanna Dohnal finanziert. Dadurch war es überhaupt erst möglich, mit dem Landesarbeitsamt und dem Sozialministerium eine stiftungsähnliche Maßnahme zu realisieren.

Ich möchte jetzt aber noch kurz ansprechen, warum eine Vereinsgründung notwendig war. Eine Vereinsgründung deswegen, weil das Arbeitsamt eine

stiftungsähnliche Maßnahme nicht durchführen kann und eine Beratungseinrichtung, einen unabhängigen Rechtsträger braucht. Das können Sie, meine Damen und Herren des GR, im Arbeitsmarkt-Förderungsgesetz nachlesen oder im § 18 des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes - dort steht genau die Definition.

Wie Fr. Kollegin Thurner gemeint hat, Vereine zusammenzulegen - ich wäre auch froh, wenn Vereine nicht notwendig sein würden. Es kostet Geld, das ist richtig; nur der Verein ist eine ehrenamtliche Sache und nur die Angestellten eines Vereines, eines Rechtsträgers müssen bezahlt werden. Die Finanzierung der Angestellten dieses Vereines übernehmen das Frauenministerium, das Landesarbeitsamt und die Beschäftigungs-GesmbH. Die Zusammenlegung mit Atrium und VABB - wie angesprochen - ist eine andere Richtung als unsere Frauenstiftung in Steyr. Zu dem ist das Ziel einer Stiftung die Qualifizierung von unausgebildeten Arbeitskräften und in weiterer Linie für Betriebsgründungen. Wir brauchen die Arbeitsstiftung für arbeitslose Frauen, weil mehr als 50 % der arbeitslosen Frauen keine Berufsausbildung haben. Bei einer Stiftung ist eine Finanzierung nur möglich zw. Land, AMV, Bund und den Gemeinden.

Zu den Sachaufwendungen - wie auch Kollegin Thurner an-

gesprochen hat - und warum sie im Antrag drinnen stehen. Die bereits jetzt installierte Einrichtung kommt nicht mehr zum Tragen. Aber für die weiteren Sachaufwendungen brauchen wir das Geld - es gibt Postarbeiten, Schreibarbeiten etc. Ich weiß, das sind sehr hohe Aufwendungen. Warum wir an die Gemeinde Steyr unseren Antrag gestellt haben, war im Sommer 1992 dann auf jeden Fall klar, als die Finanzierung überhaupt als eine stiftungsähnliche Maßnahme erfolgen konnte und durch das Landesarbeitsamt sichergestellt gewesen ist; folgedessen hat 1991/92 die Stiftung ihre Arbeit beginnen können. Während dieser Zeit hatten wir auch einige Gespräche mit dem Hr. Bgm. bezüglich der Räumlichkeiten und der Unterbringung. Aufgrund der mündlichen Zusage des Bgm. und aufgrund des Hinweises, daß das Telefunken-Haus jetzt frei wird, haben wir auch Gespräche geführt mit dem Bauamt, den zuständigen Herren und dem zuständigen Referenten über unseren Bedarf an diesen Vorstellungen. Weil auch das Telefunken-Haus noch nicht dementsprechend adaptiert ist, brauchten wir andere Räumlichkeiten, um die Stiftung führen zu können. Hier war auch die Zusage, daß interimsmäßig - bis das Telefunken-Haus beziehbar ist - die Kosten für die Räumlichkeiten, die wir uns angemietet haben, von der

Stadtgemeinde mitgetragen werden.

Auf Einladung des Vereins an den StS im Oktober 1992, um die Frauenstiftung vorzustellen, wo nur ein paar Mitglieder anwesend waren, hätte sich derselbe von der korrekten Vorgangsweise des Vereins versichern können. Ich gehe als Politikerin nicht mit halben Sachen in die Öffentlichkeit, deshalb sind wir erst zu einem unserer Meinung nach seriösen Zeitpunkt vorstellig geworden.

Jetzt noch einen kurzen Bericht über den aktuellen Stand der Frauenstiftung. Eine Tischlerinnen-Ausbildung beginnt im März 1993; in Zusammenarbeit mit der HK ist es erst möglich gewesen. Vom 23. 11. bis 18. 12. haben 12 Teilnehmerinnen über eine Berufsorientierung ein Auswahlverfahren gemacht und davon waren 9 Frauen aus Steyr, 1 Frau aus Garsten, 1 aus Sierning und eine aus Gaflenz.

Wie üblich, daß überhaupt die Stiftung begonnen werden kann, obwohl sie schon im Oktober beginnen hätte sollen, hat am 18. Jänner 1993 die erste Berufsorientierungs-Phase begonnen. Es nehmen 12 arbeitslose Frauen an dieser Berufsorientierungs-Phase teil. Eine solche Phase dauert sechs Wochen mit tägl. 8 Stunden. Die nächste beginnt am 15. März. Nach jeder Berufsorientierungs-Phase verfügt jede Teilnehmerin einen eigenen Bildungsplan und wird dann über das AA Steyr

weiter vermittelt. Eine Vermittlung von arbeitslosen Frauen kann der Verein nicht machen - hier wird das AA aktiv. Warum Förderung einer Sozialeinrichtung? Mir ist bewußt, daß alles Geld kostet, aber ich begrüße auch eine Wirtschaftsförderung oder eine Familien- bzw. auch Wohnbauförderung etc. aus der öffentl. Hand, die ja für solche Maßnahmen sind bzw. volkswirtschaftlich gesehen der Region Steyr wieder zugute kommen.

Wie heute schon im Bericht gebracht wurde, steigen die Arbeitslosen-Zahlen, aber die der Frauen stagnieren. Ich möchte darauf hinweisen, daß es Zeiten gab, wo die Frauenarbeitslosen-Zahlen höher waren als jetzt. Warum stagnieren sie? In Steyr gibt es nur mehr einen größeren Frauenbetrieb und soweit mir bekannt ist, garantiert dieser Betrieb nur bis Jahresende für eine Beschäftigung. 180 Frauen werden dort wieder zu den Arbeitslosen gemeldet werden.

Weiters ist sehr zu begrüßen, daß auch von seiten des Landes verstärkte Investitionen in die Aus- und Weiterbildung getätigt werden. Nur leider fehlen zur Zeit im Gegensatz zu den 70er Jahren noch offensive Steuerungsmaßnahmen. Ich erwarte mir trotz aller Schwierigkeiten die Unterstützung aller GR für dieses Projekt zur Qualifizierung der Frauen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Als nächste hat sich Frau Kollegin
Scheucher zu Wort gemeldet. Ich
erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-
CHER:

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich möchte auch ganz kurz
Stellung nehmen - vor allem zu
der Wortmeldung der Frau
Kollegin Thurner. So einfach, wie
wir es gerne hätten, ist es nicht
zu machen. Es klingt so schön:
"Nehmen wir alle Vereine
zusammen, dann könnten wir die
Infrastruktur gemeinsam nutzen
- das wäre immerhin eine
Kostenersparnis!" - Wir haben
auch darüber schon einmal
gesprochen und diskutiert.

Das müßte ein sehr großes
Gebäude sein. Ich könnte mir
das ganze ehem. Telefunken-
Gebäude vorstellen, dann
könnten wir darüber reden. Aber
so in diesen Räumlichkeiten, die
die Vereine derzeit haben, -
überhaupt die von Dir
angesprochenen VABB oder
Atrium - ist das einfach nicht
möglich; die sind - soweit mir
bekannt ist - total ausgelastet.
Gerade beim VABB, dem werden
die Räumlichkeiten bereits zu
klein. Auch das Atrium ist
ausgelastet.

Von der inhaltlichen Form, daß
man sagt, die könnten eigentlich
alle miteinander arbeiten - das
geht nicht. Ich weiß, die
Infrastruktur könnte man in
einem großen Bereich nützen,

aber inhaltlich sind sie sehr weit
auseinander. Das zum einen.

Zum zweiten möchte ich schon
noch etwas sagen. Ich habe in
den Vorgesprächen immer
gehört, daß die Vorgangsweise
nicht immer ganz schön war.
Man hat gehört: "Die mieten das
vorher an und dann kommen sie
mit einem Subventions-
Ansuchen." Ich muß dazu sagen,
bei kaum einem anderen Verein
haben sich die Männer, die dafür
zuständig sind, so geziert und so
herumgedrückt um eine klare
Entscheidung. "Suchen wir
vielleicht doch noch andere
Räumlichkeiten", "Was ist ihnen
denn da schon wieder
eingefallen?" und "Man(n) muß
sich das sehr gut überlegen!"

STADTRAT KARL HOLUB:

Es wäre gut, wenn sich's Frau
auch gut überlegen würde!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-
CHER:

Ich glaube, Frau hat es sich sehr
gut überlegt, das zu tun, aber
na gut, lassen wir das!

Ich finde, sie haben sehr viel
Mut bewiesen, diese Arbeit
trotzdem anlaufen zu lassen.
Denn wir wissen immerhin, wie
hoch die Frauenarbeitslosigkeit
in Steyr ist. Ich glaube immer
noch, daß jede Stadt froh sein
sollte, wenn es Vereine bzw.
engagierte Leute gibt, die gerade
im sozialen Bereich sehr viel an
Kleinarbeit abnehmen - nämlich
an Arbeit, die sonst der Stadt
zufallen müßte. Ich habe das

schon einmal gesagt und ich werde es wieder sagen. Es ist beschämend, daß sich diese Leute, die sich so engagieren, immer noch als Bittsteller vorkommen müssen und darum bitten müssen, daß diese Arbeit auch ermöglicht wird.

Ich wünsche dem Verein und den Frauen, die von diesem Team betreut werden, auf jeden Fall alles Gute für ihre Arbeit und hoffe, daß dieser Antrag auch wirklich angenommen und das Geld zur Verfügung gestellt wird. Danke.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Danke sehr. Koll. StR Holub ist der nächste am Wort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, der StS hat diesen Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Fraktion beschlossen, weil vor allen Dingen kein Zweifel aufkommen sollte, daß man an der Notwendigkeit von Förderungs-Maßnahmen für arbeitslos gewordene oder arbeitssuchende Frauen arbeiten soll. Die Intensität, in der das betrieben wird, kann man diskutieren. Auch versch. Argumente für oder wider das Zusammenlegen an gemeinsame Standorte. Ich sage Ihnen schon, meine Damen, daß - Frau muß ich ja sagen, aber vielleicht lerne ich dieses neue Deutsch irgendwann einmal -, daß also Frau darüber nachdenken sollte, daß Frau auch

ein gemeinsames Sekretariat für versch. gleich oder ähnlich gelagerte Aufgabenstellungen verwenden könnte. Daß natürlich Atrium und Frauenstiftung von der Materie her nicht zusammenpassen, ist völlig klar. Es geht ja auch um die Vertraulichkeit der Einzelschicksale. Das ist mir völlig klar!

Ich denke aber doch, daß man es nicht so salopp wegschieben sollte und sagt, jeder macht sein eigenes Büro, jeder macht seine eigenen Vortrags-Einrichtungen, sondern versuchen wir doch wirklich in dieses Hotel z. B. in Münchenholz - wie es angezogen wurde - vernünftiges Leben reinzuführen. Ich glaube, das ist nicht der erste Gedanke an die Möglichkeit, sondern es ist ja Stand der Forschungen in der Stadt, ob hier eine Nutzung möglich wäre.

Auch ich wünsche von ganzem Herzen dem Verein Frauenstiftung und seinen 3 Mitarbeitern eine glückliche Hand bei der Bewältigung der Probleme. Jedenfalls möge die Hand in der Zukunft glücklicher sein, als sie sich diese Woche dokumentiert auf Seite 38 in der Steyrer Zeitung - da inseriert nämlich dieser Verein! Der Verein macht ein Inserat und lassen Sie es sich bitte für die Geschicklichkeit der vereinszugehörigen Funktionäre und Beschäftigten auf der Zunge zergehen, wenn ich Ihnen den Text vorlese: "Kostenlose Ausbildung zur Tischlerin für ar-

beitslose Frauen und Wiedereinsteigerinnen - nur noch wenige Plätze frei - Information und Anmeldung bei Frauenstiftung!"

Genauso sollte es nicht sein! Frau sollte auch hier auf das Bild achten. Und Frau sollte schon auch daran denken, daß Mann auch ein Hirn hat!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Jetzt liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Jedenfalls glaube ich, daß es nicht sehr erwünscht wäre, aus ökonomischen Gründen. Es wird ja auch Bereiche geben, wo man sich gegenseitig unterstützen könnte, wenn das vernetzt werden würde. Die Infrastruktur wäre billiger etc. - das alles trifft sicher zu. Aber die handelnden Personen sind Frauen oder Männer und es ist nicht ganz einfach, das alles "unter einen Hut zu bringen". Ein bißchen kommt mir das vor wie im Sportbereich mit Vorwärts und Amateure - die kommen auch nicht auf einen Sportplatz zusammen.

Wenn wir aber dennoch wollen, daß hier gearbeitet wird mit den speziellen Feldern dieser Betreuungsaufgaben, dann - glaube ich - müssen wir insgesamt positiv zu allen diesen Einrichtungen stehen.

Wird ein Schlußwort gewünscht?
Bitte sehr.

STADTRÄTIN INGRID EHREN-
HUBER:

Ich glaube, es ist aus den Beiträgen hervorgegangen, daß es sich hier um ein österreichweit einmaliges Pilotprojekt handelt und hier kein Vergleich mit der Tätigkeit beim VABB bzw. Atrium gegeben ist. Ich glaube, daß es eigentlich unsere Pflicht ist und ich sehe es als Selbstverständlichkeit an, daß wir jenen Frauen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, helfen.

Aus diesem Grund ersuche ich Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? 3 Enthaltungen (FP).

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

Vier - ich möchte mich auch enthalten!

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Sie haben doch zuerst schon aufgezeigt, das geht ja nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

Nein, da habe ich mich nur hier abgestützt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Darf ich fragen, Herr Kollege, wie
wünschen Sie abzustimmen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

Stimmenthaltung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Nach Zustimmung im StS nun
Enthaltung im GR! Also 4
Stimmenthaltungen - ich bitte,
das im Protokoll zu vermerken!
Ich danke Fr. StR Ehrenhuber -
nächster Berichterstatter wäre
der entschuldigte Koll. Roman
Eichhübl. Ich darf an seiner
Stelle Hr. Vbgm. Dr. Pfeil
ersuchen, den Antrag zu stellen.

BERICHTERSTATTER VBGM. DR.
LEOPOLD PFEIL ANSTELLE VON
STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf den Antrag des Koll.
Eichhübl vorbringen. Es geht um
einen Antrag der Stadtwerke
Steyr, der wie folgt lautet:

10) ÖAG-7690/92

Stadtwerke Steyr - Teil-
betriebe Stadtbad und
Kunsteisbahn; Verlust-
ersätze 1992; Akonto-
zahlung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
Direktion der Stadtwerke der
Stadt Steyr vom 12. Nov. 1992
wird den Stadtwerken der Stadt
Steyr eine Akontozahlung in
Höhe von 80 % der von der Stadt

Steyr zu leistenden Verlust-
ersätze 1992 (Stadtbad und
Kunsteisbahn), das sind S
6,240.000,--, gewährt.

Zum genannten Zweck werden
Mittel im Ausmaß von

S 6,240.000,--

(sechsmillionenzwei-
hundertvierzigtausend)

bei der VA-St. 1/8790/759200.5
freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort
gewünscht? Nicht der Fall, also
stimmen wir ab. Wer für den
Antrag ist, den ersuche ich um
ein Zeichen der Zustimmung.
Danke. Ist jemand gegen diesen
Antrag? Nicht der Fall.
Stimmenthaltung wird nicht
geübt. Der Antrag ist einstimmig
beschlossen.

Ich danke Hr. Vbgm. Pfeil für
den Vortrag - nächster
Berichterstatter ist StR Karl
Holub; ich bitte um die Anträge.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich
habe Ihnen aus zwei Ressorts
Anträge vorzulegen und werde
einen dazu verwenden, aus
einem dritten Ressort eine
Anmerkung zu machen. Und
zwar gleich beim ersten - die
Subvention für den Städtering,
wo ich Sie bitte, 150.000
Schilling für das Jahr 1992 noch
freizugeben, damit der

Tourismusverband hinsichtlich seiner Beitragsleistung an den Städtering gefördert werden kann und dazu 58.000 S aus der VAST., die dafür bestimmt ist, freizugeben und auf derselben Stelle eine Kreditüberschreitung von 92.000 S zu bewilligen. Die Funktion des Städteringes zu beschreiben, halte ich allmählich für überflüssig, weil der GR hinreichend für das gute Werbemedium "Städtering" informiert ist. Ich möchte aber die Gelegenheit benützen, aus der Sicht des Tourismus einen anderen Vorgang hier in einem gleich mitzuschildern, der mich ziemlich unglücklich macht. Und zwar hat eine Steyrer Bürgerin, die Kunstgeschichte absolviert hat, Frau Mag. Christine Bruckbauer, an ihr Studium eine Universitäts-Ausbildung im Projektmanagement "Ausstellungsorganisieren" angehängt. Das läuft über die Universität Linz. Im Rahmen dieser Tätigkeit ist sie in ihrem Studienort Graz an die Information gekommen, daß die dort derzeit sehr Aufmerksamkeit erregende Ausstellung "Der junge Kokoschka" am 24. 1. 1993 dort ausläuft und nach Steyr kommen könnte. Ich wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß es einige Gespräche mit dem ressortzuständigen Dr. Pfeil gegeben hat, um diese Ausstellung hier nach Steyr zu bringen. Ich bin als Tourismus-Referent frustriert, meine Damen und Herren, daß sich die Stadt

Steyr diese Möglichkeit entgehen läßt, eine der namhaftesten Persönlichkeiten, die es in Österreichs Kunstszenen gibt, in Steyr präsentieren zu können. Noch dazu aus der wohl interessantesten Epoche - nämlich aus der Jugend dieser Persönlichkeit "Der junge Kokoschka". Von dieser Zeit kennt man nicht allzu viel, vom älteren Kokoschka kennt man als Standard-Kulturkonsument mehr.

Diese Möglichkeit ist vorbei, höre ich, weil nämlich aus dem Ressort des Hr. Dr. Pfeil ein Mitarbeiter - Hr. Gegenhuber - am 19. 1. in Graz angerufen hat und gesagt hat, diese Ausstellung können wir nicht brauchen, wir haben nämlich keine Alarmanlage. Am 18. 1. wäre die Feststellung getroffen worden, daß eine Steyrer Firma, die als Auftragnehmer vorgesehen war, nicht in der Lage ist, fristgerecht - nämlich bis zum vorhergesehenen Termin 11. 2. - tatsächlich die von den Versicherungen logisch geforderte Alarmanlage zur Verfügung zu stellen. Dieser Mitarbeiter des Hauses telefoniert also über die Weisung - so bin ich informiert worden - des Kulturamtsleiters der Stadt mit dem Ausstellungsregime in Graz und sagt ab: "Wir sind in Steyr nicht desinteressiert, aber heuer nicht, wir werden dann nächstes Jahr daran näher treten können!"

Stellen Sie sich bitte vor, das ist eine thematisch orientierte Ausstellung, die aus mehreren Funden zusammengestellt ist; ein Teil geht ans Rupertinum nach Salzburg zurück, wenn er nicht nach Steyr kommt (eine fertig montierte Ausstellung - das muß man sich vorstellen). Und ein Teil geht ans Kokoschka-Museum nach Pöchlarn zurück - ein Teil einer fertig montierten Ausstellung. Welch Vergeudung von Ausstellungs-Intelligenz, Welch Vergeudung von Finanzmitteln und Welch wirklich brüskierende Vorgangsweise einer Verwaltung, wenn die junge Frau, die hier dieses Projekt geführt hat, sogar ein Unternehmen namhaft macht, das leihweise eine Alarmanlage, die geeignet wäre, zur Verfügung stellt, nur weil es irgendwem nicht in einen routinierten Verwaltungsablauf hineinpaßt! Oder weil sich irgendjemand - so schaut es zumindest aus - vor Arbeit fürchtet, wird diese Ausstellung wieder einmal verschoben.

Hr. Bgm. Leithenmayr und ich müssen heute versuchen, um 19 Uhr in Micheldorf zu sein, weil eben dieselbe Abteilung es verabsäumt hat, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß man die Präsentation des Jahrhundertprojekts - nämlich die Länderausstellung 1998 "Eisenstraßen" - nach Steyr bekommt, wo das Hirn der Eisenstraße einmal war! Wir müssen nach Micheldorf fahren, damit man uns nicht dort noch vorwirft, der

Bgm. und der Tourismus-Referent der Stadt Steyr haben nicht einmal so viel Interesse an diesem Projekt, daß sie zur Präsentation des Projektes fahren. Also ich finde es wirklich stark, was das Kulturamt hier liefert, und würde Hr. Dr. Pfeil - der doch so gern alle Menschen an Dinge erinnert (auch mich an Plakatwände, obwohl Sie ressortzuständig sind, Hr. Dr. Pfeil) - daran erinnern, daß wir auch Aufgaben im Interesse der Stadt zu erfüllen haben! Nicht nur im Interesse der Selbstdarstellung und nicht nur im Interesse einer Partei - natürlich ist Marketing notwendig. Eine pol. Partei lebt davon, wie sie sich präsentiert, das ist richtig. Aber wir sind hier als Mandatsträger im Interesse der Stadt und es ist mir unbegreiflich, es ist mir unbegreiflich, wie diese Gelegenheit vorbeigeht! Kostengünstiger kann man eine solche Ausstellung von diesem internat. Niveau nach Steyr nicht bekommen. Es ist mir wirklich unbegreiflich, daß nicht ein Kultur-Referent der Stadt Steyr vor Zorn ganz laut schreit mit seinen Beamten, und sagt: "Kinder, es interessiert mich nicht, ob Ihr Probleme habt, eine Alarmanlage zur Verfügung zu stellen, sondern ich fordere für die Stadt Steyr, die mich als Kultur-Referent hier hergestellt hat, daß Ihr das zuwege bringt!" Punkt. Ende. Aus. Ich bin vom Thema abgekommen, aber es

gehört irgendwo zum Tourismus dazu, weil es ja wirklich eine Gratiswerbung für unsere Stadt gewesen wäre, so eine prominente Ausstellung in unserer Mitte zu beherbergen. Zurück zum eigentlichen Antrag. Ich bitte Sie, der Subventionierung des Tourismusverbandes zur Beitragsleistung an den Städtering zuzustimmen.

11) Ha-6504/91

Städtering Linz-Wels-
Steyr; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD vom 14. 10. 1992 wird dem Tourismusverband Steyr, Stadtplatz 27, zur Sicherstellung der weiteren Finanzierung des Städteringes "Linz-Wels-Steyr" eine einmalige, nicht rückzahlbare, ao. Subvention in Höhe von S 150.000,-- gewährt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 58.000,--

(achtundfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 1/7710/757000.0 sowie weitere Mittel in Höhe von

S 92.000,--

(zweiundneunzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen engagierten Beitrag. Die Begeisterung ist durchgegangen mit dem Koll. Holub - zu Wort ist der Kulturreferent gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke schön. Herr Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, Hr. StR, irgendwie paßt da einiges oder alles nicht zusammen. Vielleicht ist Ihnen da jetzt etwas durchgegangen. Und zwar folgendes: Ich hatte am Montag noch ein Gespräch mit dem Kulturamtsleiter - ich glaube, Sie verwechseln jetzt Kulturamtsleiter und Kulturreferent. Der Kulturamtsleiter hat mit mir am Montag die letzten Unterlagen bezüglich Kokoschka-Ausstellung gehabt. Wir haben auch über die nicht vorhandene Alarmanlage gesprochen, und er hat gesagt, das bringen wir hin. Bis heute habe ich keine andere Meldung bekommen; bis kurz vor der Sitzung, als mir Bgm. Leithenmayr gesagt hat, daß sich hier etwas spießt. Ich habe bis jetzt keine anders lautende Mitteilung erhalten.

Zum anderen. Warum ist denn die Schloßgalerie nicht fertig, meine sehr verehrten Damen und Herren? Natürlich hätten wir auch im obersten Bereich schon voriges Jahr eine gesamte Hausalarmanlage haben können. Weil eben Ihr Parteifreund, Hr.

Schloßgangl, dagegen war, daß im letzten Jahr und auch heuer die Schloßgalerie fertig gebaut worden ist. Auch dieses Jahr hat der Finanzreferent den Ausbau der Schloßgalerie herausgestrichen. In den Verhandlungen ...

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Was ist denn das für ein Blödsinn?

Gelächter

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Was ist denn das für ein Blödsinn?! Das ist eine Frechheit; vollkommen falsch dargelegt - vollkommen falsch! So ein Blödsinn! Vollkommen unwahr!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Erst in den Verhandlungen ist es uns gelungen, daß die Schloßgalerie fertig gebaut wird und eine gesamte Hausalarmanlage installiert wird. Ich nehme Sie beim Wort - so war und so ist es!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Vollkommen falsch dargelegt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wir hätten die Alarmanlage, wir hätten das Haus, die ganzen Sicherheiten, die ganzen Brandschutzanlagen fehlen! Aus

aktuellem Anlaß - wir wissen, daß die Hofburg gebrannt hat. Wir müssen das ganze Haus brandsicher machen.

Hr. StR Schloßgangl, Du weißt ganz genau, daß der Ausbau des 3. Stockwerkes in der Schloßgalerie erst auf meine Intervention in dieses Budget aufgenommen wurde. Da war Hr. StR Schloßgangl sehr dagegen und bitterböse. Darauf möchte ich nur hinweisen. Jetzt wird argumentiert, wir haben keine ...

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
So ein Blödsinn! Das ist ja vollkommen unwahr!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Du kannst ja dann gerne dazu Stellung nehmen! Du kannst gerne Stellung nehmen, aber so ist es! Um der Wahrheit die Ehre zu geben! Wenn Deine Vorgangsweise eine Frechheit ist, dann ist sie eine Frechheit, aber so war es!

STADTRAT KARL HOLUB:
Ein bißchen einen "verstellten" Blick auf Wahrheit haben Sie schon!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn wir die Schloßgalerie im Jahre 1992 fertig gebaut hätten - wie ursprünglich vorgesehen -, dann hätten wir selbstverständlich Alarmanlagen und Brandschutzanlagen. Ich werde

natürlich den Kulturstadtleiter, Hr. Dr. Lutz, fragen - wenn er noch da ist, dann heute noch -, was mit der Kokoschka-Ausstellung ist. Mein letzter Informationsstand ist, daß sie selbstverständlich stattfindet und daß die Alarmanlage ...

STADTRAT KARL HOLUB:

Sie sind am vorletzten Informationsstand!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gut. Soviel zum ersten.

Zum zweiten - zur Landesausstellung heute. Hr. Bgm. Leithenmayr hat - soweit mir bekannt ist, jetzt berichtigen Sie mich, wenn das falsch ist - gemeinsam mit Hr. Heizmann damals beschlossen oder vorgeschlagen, diese Ausstellung in der Adelsbibliothek abführen zu lassen. Weil es eben im Winter öfter kalt sein soll, so ist mir berichtet worden, ist man diesem Wunsch nicht näher getreten. Ohne mich zu informieren, habe ich plötzlich eine Einladung nach Kirchdorf bekommen. So ist das Leben! Jetzt dem Kulturreferenten zuzuschicken, er hätte das nach Steyr bringen können, wenn sich der Hr. Bgm. auf die Adelsbibliothek versteift. Wir hätten so viele Möglichkeiten in Steyr, wir hätten es eben in der Schloßgalerie ohne weiteres durchführen können - ohne Brandmeldeanlagen, ohne Alarmanlage - heute Abend oder

im Museum Arbeitswelt. Ich wäre sehr dafür gewesen. Aber zuerst eine Ausschreibung machen, wo auch pol. interveniert wird - da sind auch Ihre Parteifreunde dabei, Hr. Holub, von ganz oberster Stelle -, daß das eben in einer "SCHWARZEN" Gemeinde passiert. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Hr. Koll. Schloßgangl hat sich nun zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Die Darstellung des Dr. Pfeil gipfelt schon an Unverfrorenheit, solche Unwahrheiten hier öffentl. zu unterstellen. Ich wäre gar nicht in der Lage gewesen, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich werde alles beweisen! Alles!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich wäre gar nicht in der Lage gewesen, das abzusetzen - Punkt 1. Und Punkt 2 war das immer eine Forderung der Mitglieder unseres Kulturausschusses - sie haben den Ausbau der Schloßgalerie gefordert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ohne Geld!

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Bei den Gesprächen über das Budget war Hr. Mag. Lemmerer dabei und ich bitte, ihn hier vorort zu befragen, ob jemals von mir ein diesbezüglicher Antrag oder eine Äußerung gefallen ist. Leider ist der Finanzreferent nicht da - ich habe das vorher schon einmal gehört aus einem anderen Mund und habe dann Hr. StR Zagler zur Rede gestellt. Da hat er gesagt, das stimmt gar nicht, das haben wir schon viel früher herausgenommen.

Daher finde ich es unerhört, daß man mir das hier öffentl. unterstellt. Ich bitte Hr. Mag. Lemmerer, dazu Stellung zu nehmen, ob ich die Schloßgalerie herausgestrichen habe.

MR MAG. HELMUT LEMMERER:

In keinsten Weise. Im Finanzbereich wurde das als Notwendigkeit erachtet und ist dann auch auf Ihre Forderung und auf die der Parteien wieder hineingekommen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Soweit die Tatsache - ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Liegt noch eine weitere Wortmeldung vor? Nicht der Fall; dann darf ich mir erlauben, auch

ein paar Bemerkungen zu machen.

In bezug auf Kokoschka pflichte ich dem Koll. Holub vollinhaltlich bei. Wir sollten also bemüht sein, daß diese Ausstellung tatsächlich stattfindet. Und wenn mit vertretbaren Kosten eine Alarmanlage errichtet werden kann, dann sollten wir das tun - Punkt 1.

Punkt 2 - In bezug auf die Durchführung der Präsentation "Verein Eisenstraße" in der Adelsbibliothek möchte ich bemerken, daß wir Steyrer Delegierten bzw. Mitglieder im "Verein Eisenstraße" eine Besprechung hatten hier in Steyr - ohne Mitwirkung der anderen Ausschuß-Mitglieder. Wir hatten also eine Besprechung, welche Aktivitäten wir in der Stadt zu setzen gedenken im Rahmen dieser Eisenstraßen-Ausstellung 1998. Da habe ich den Herrschaften erzählt, daß es meine Intention sei, wenn hier schon ein Durchbruch geschaffen ist, daß diese Adelsbibliothek geöffnet werden und daß es ein "Highlight" bei dieser Landesausstellung sein soll. Die Herrschaften waren von dieser Mitteilung sehr begeistert und angetan. So ist dort (im Schwechaterhof) bei dieser Diskussion in Anwesenheit des Hr. Geschäftsführers Mag. Heizmann die Idee entstanden, wie es denn wäre, wenn wir sozusagen vorweg die Präsentation dieses Eisenstraßenmuseums-Konzeptes (das ist

ja von der LR erst in den letzten Monaten d. vergangenen J. abgesegnet worden) gleich in den Räumlichkeiten der Adelsbibliothek durchführen würden. Alle - d. h. wir Steyrer waren alle dafür und ich habe übernommen - das war der Wunsch dort -, mit Hr. Hofrat Pilz ein Gespräch zu führen, ob wir dort nicht hinein könnten, weil dieses Haus nicht uns gehört, sondern den Bundesforsten. Außerdem bestimmen wir nicht als Stadt, wo eine solche Präsentation stattfindet, sondern der Verein Eisenstraße. Ich habe mit Hr. Hofrat Pilz gesprochen; er war bereit, hier vorweg für diese Veranstaltung die Bibliothek aufzumachen. Wir haben eine Begehung gemacht - dabei waren der Kulturamtsleiter, der MD, Hr. Mag. Heizmann, Hr. Hofrat Pilz. Wir haben uns gefragt, was alles geschehen muß; wir brauchen eine Beleuchtung. Darauf habe ich gesagt, gut, wir werden den Auftrag erteilen, daß dieser Luster aufgehängt wird, und es soll alles unternommen werden, damit diese Veranstaltung stattfinden kann.

Dann wurde eine Entscheidung des Vereins Eisenstraße getroffen. Der Vorsitzende ist Bgm. Schuh - mein Koll. aus Losenstein -, der mir mitteilen ließ, daß diese Veranstaltung nicht in Steyr, sondern aufgrund ihrer Überlegungen in Micheldorf stattfindet. Was mir an dieser Diskussion nicht gefallen hat, war, daß man als Begründung

angeführt hat, daß das Desinteresse der Stadt Steyr vorhanden wäre. Dies trifft nicht zu, und ich habe das auch klargestellt! An meinem Tisch sind Bgm. Schuh, der Kulturamtsleiter Dr. Lutz und der Tourismuskommmissions-Vorsitzende Mader gesessen. Alle drei sind mit mir beisammen gesessen und ich habe gesagt, daß ich gerne wissen möchte, wie es wirklich war.

Darauf hat Bgm. Schuh erklärt, daß sie beschlossen haben - im "Schoße" des Vereines Eisenstraße -, es doch in Micheldorf durchzuführen in einer histor. Werkshalle, weil vielleicht Schwierigkeiten mit der Beleuchtung auftreten könnten und weil wir vor allen Dingen nicht gut einheizen können. Genauso war dieser Sachverhalt und daher möchte ich vermeiden, daß jetzt vielleicht ein zweites Mal der Eindruck entsteht, das Desinteresse der Stadt oder des Kulturamtes sei schuld daran, daß kulturelle Großveranstaltungen, die über die Stadt hinauswirken, nicht stattfinden können!

In diesem Fall konnten wir nichts tun, das war der Verein Eisenstraße, aber im Fall Kokoschka können wir - so hoffe ich - etwas tun! Wir sollten alles unternehmen, daß es tatsächlich in Steyr stattfinden kann. Der Kulturamtsleiter wird angewiesen, alles zu unternehmen, daß es möglich wird. Der Kulturausschuß wird sich damit

beschäftigen müssen, wie das mit den Kosten abgewickelt wird. Das könnte die einzige Barriere sein, aber nachdem Sie das schon geprüft haben und alles pos. ist, nehme ich an, daß der Kulturausschuß auch pos. dazu steht. Hr. StR Holub ist positiv eingestellt, ich sehe keine gegenteiligen Auffassungen, also sollten wir so vorgehen!

Langsam möchte ich zum eigentl. Antrag zurückkommen. Wird ein Schlußwort gewünscht? Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., ich möchte nun zur Aufklärung - weil wirklich sagenhafte Sachen gesagt wurden - noch Hr. Dr. Lutz bitten, daß er hier zu diesen zwei Punkten Stellung nimmt. Es wird nämlich hier offensichtlich nicht über Tagesordnungspunkte diskutiert; ich möchte der Wahrheit die Ehre geben. Hören wir uns noch Hr. Dr. Lutz an, um diese zwei Probleme zu klären. Dem einen Punkt geben Sie recht, dem anderen gebe ich recht, weil ich weiß, daß wir es so am Montag ausgemacht haben und ich keine gegenteilige Information habe. Aber ich lasse mich nicht hier herstellen und sagen, der Dr. Pfeil hat dieses und jenes verbrochen, er hat dort eine Weisung gegeben, daß die Kokoschka-Ausstellung in Steyr nicht stattfindet. Das wäre ja wirklich kontraproduktiv! Danke.

Ich stelle also den Antrag, daß Hr. Dr. Lutz hier zu diesen zwei Themen Stellung nimmt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Einem solchen Antrag kann ich bei diesem Tagesordnungspunkt sicher nicht stattgeben, es geht nämlich um die Abstimmung über den Antrag, daß der Städtering "Linz-Wels-Steyr" eine Subvention erhält. Hr. Koll. Holub hat schon ein wenig "hinausgegrast" aus der Thematik, und ich habe diese Diskussion abgeführt, weil sie sich so ergeben hat. Aber wir können uns auch gerne noch die Meinung des Hr. Dr. Lutz zu einem späteren Zeitpunkt anhören.

Jetzt stimmen wir über den Antrag Nr. 11) ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Ist ja alles einstimmig! Nächster Punkt bitte, Hr. Kollege.

STADTRAT KARL HOLUB:

Bei den nächsten Anträgen geht es um das Ressort Denkmalspflege. Der erste bringt die Pos. für die Wiederherstellung bzw. Nachbildung von Kleindenkmalen in die Umsetzung und es wird gebeten, 110.300 S für die genannten Kleindenkmale freizugeben - noch im Rechnungsjahr 1992.

12) K-27/92

Kleindenkmale in Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 28. Dez. 1992 wird im Zusammenhang mit der Wiederherstellung bzw. Nachbildung diverser Kleindenkmale im Stadtgebiet von Steyr einer Mittelbereitstellung im Subventionswege im Ausmaß von

S 110.300,--

(einhundertzehn-
tausenddreihundert)

bei der VA-Stelle 5/3620/050310.2 zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke für den Vortrag - wird dazu das Wort gewünscht? Hr. Koll. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Hohes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Erlauben Sie mir zu diesem Antrag ein paar Bemerkungen - speziell zu Punkt 4) im Objekt Bahnhofstr. Ich glaube, 47 Jahre nach dem 2. Weltkrieg muß es auch möglich sein, eine objektive Betrachtungsweise über jene Zeit zu sehen, die ja vor meinem Geb.-datum liegt. Es ist durchaus legitim und ich finde das auch vollkommen in Ordnung, daß wir

den Rassenwahn des Nationalsozialismus in Form eines Denkmals zur Mahnung rufen!

Aber ebenso verwehre ich mich persönlich und ich stelle auch eine Überlegung an. Ich verwehre mich dagegen, daß wir die Opfer in 2 Kategorien einteilen. Und zwar ist es meiner Meinung nach notwendig, und ich würde die GR-Fraktionen aller colors auffordern, - wir werden demnächst einen Initiativantrag stellen - uns zu unterstützen, daß wir auch jener rd. 300 Steyrer Opfer der Zivilbevölkerung gedenken - Frauen, Kinder, ältere Leute, für die es bis heute noch keine Gedenktafel gibt. Sie sind zu einem Zeitpunkt ums Leben gekommen, als der Krieg längst entschieden war und sind den anglo-amerik. Bombenverbänden hilflos ausgesetzt gewesen.

Ich könnte mir konkret vorstellen, daß wir auf dem Stadtplatz - auf einem der zerstörten Häuser, wie z. B. im ehem. Cafe Stark, das auch kurz vor Kriegsende total zerstört wurde - eine Gedenktafel anbringen, wo wir nicht nur das damalige gotische Haus darstellen, sondern auch jener 300 Opfer dieses alliierten Bombenterrors gedenken. Das nur im Zusammenhang mit diesen Kleindenkmalen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine mehr. Wird ein Schlußwort gewünscht, Hr. Referent?

STADTRAT KARL HOLUB:

Ein kleines Wörtchen schon noch. Die Terminologie anglo-amerik. Terrorbomber - das kommt mir so sehr aus der ehem. DDR in Erinnerung. Dort hat das nämlich auch immer so geheißen. Daß die Kleindenkmal-Förderung wirklich auch weiter ein Schwerpunkt in unserer Stadt sein sollte - Gott sei Dank hat man diese Budget-Ansatzposition jetzt aufleben lassen -, sollte wirklich außer Zweifel stehen. Steyr verfügt über hunderte von Kleindenkmalen, die ganz hervorragend prominent beurkundet von Mag. Bernhauer und dem Verein Heimatpflege sind. Es gibt noch sehr viel zu tun in dieser Richtung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe?

Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft die Maßnahmen zu ortsbildpflegenden Schutzbereichen "Innere Stadt" und "Ennsdorf". Meine Damen und

Herren, ersparen Sie mir bitte die Aufzählung von dem, was anders wurde, denn das ist ein umfassender Katalog. Es war überhaupt letztendlich dann nichts, wie im ursprüngl. GR-Beschluß beinhaltet.

Es wurden Beträge vergrößert oder verkleinert nach Endabrechnung und nach den bestehenden Richtlinien abgerechneten Subventionen, sodaß sich eine Differenz von etwa 500.000 S ergeben hat. Mit diesen 500.000 S sollen zusätzl. vier Objekte gefördert werden. In Summe ein Vorgang, der insofern befriedigt, weil dadurch vier zusätzliche Restaurierungen gefördert werden können.

Zum anderen aber nicht befriedigend, weil der ursprüngl. Beschluß doch um ein Drittel von der Realität abgewichen ist. Ich bedaure das wirklich sehr und ich glaube, daß es höchste Zeit ist, daß wir die Richtlinien für die Förderung im Sinne des Denkmalschutzes überarbeiten. Ich muß Ihnen sagen, daß seit Nov. der zuständige Beamte einen Entwurf in Diskussionsverkehr gebracht hat, aber seinen pol. Referent dabei vergessen hat. Der pol. Referent hat nämlich diesen Bericht, obwohl er ihn schon mehrmals moniert hat, erst heute von seinem Fraktions-Obmann aus der letzten Fraktions-Obmänner-Sitzung bekommen. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß es nicht sehr schön ist, unter diesen

Voraussetzungen ein Ressort zu führen.

Ich bitte Sie aber im Interesse der Baudenkmale um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

13) K-27/92

Maßnahmen zur Ortsbildpflege in den Schutzbereichen Innere Stadt u. Ennsdorf; Zwischenabrechnung; Einbeziehung weiterer Objekte.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR vom 15. Okt. 1992 wurde für Maßnahmen zur Ortsbildpflege in den Schutzbereichen Innere Stadt und Ennsdorf bezüglich der Fassaden- und Dachsanierungen für ausdrücklich näher bezeichnete Objekte ein Subventionsbetrag in Höhe von S 1.088.800,-- bewilligt. Unter einem wurden Mittel in eben dieser Höhe freigegeben.

In Abänderung des Beschlusses vom 15. Okt. 1992 werden nunmehr weitere Objekte, wie im Amtsbereich der MA III vom 29. Dez. 1992 detailliert dargestellt, mit einem Gesamtsubventionsbedarf von S 485.000,-- einbezogen und der Umwidmung der bereits bewilligten und freigegebenen Mittel zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen

Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Frau Kollegin Mach.

GEMEINDERÄTIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bgm., sehr geehrte Damen und Herren des GR! Zu diesem Antrag möchte ich schon erwähnen, daß es notwendig ist, auch hier nach den Richtlinien für die Vergabe von Förderungsmitteln vorzugehen. Denn nur so kann eine gerechte Vergabe einer Subvention erfolgen. Die Auszahlung der Kosten sollte nur dann vorgenommen werden, wenn eine Originalrechnung von einem konzessionierten Unternehmen mit einer gegliederten Darstellung der Kosten vorliegt. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke - gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. Koll. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Nachdem diesem Amtsbericht zu entnehmen ist, daß nicht alle Mittel ausgeschöpft wurden, möchte ich doch vorschlagen, daß in Zukunft das Bauamt - im speziellen ist hier

Hr. Reg. Rat Scheuer gefordert - von sich aus Anstrengungen unternimmt und vor allem im sensiblen Altstadtbereich, wie z. B. Zwischenbrücken, aktiv wird, um Private einzuladen, diese Förderungsmittel in Anspruch zu nehmen. Ich glaube, alle von uns wissen, daß das nicht nur ein neuralgischer Punkt ist, daß dort sehr viele Fremde hingehen. Dort befindet sich die bis ins Mittelalter zurückreichende Hochwasser-Markierung. Das ist ein Zustand, an dem keiner von uns Interesse haben kann. Mich wundert es eigentlich schon, warum das Amt von sich aus hier nicht tätig wird.

Es wird - wie gesagt - in erster Linie an Hr. Scheuer liegen, den Hausbesitzern - ich glaube, es handelt sich nicht mehr um die Steyr-Daimler-Puch in diesem Fall, sondern um private Hausbesitzer - die Förderungsmittel von Amts wegen anzubieten. Ein Image oder ein Aushängeschild ist dieser Zustand für Steyr sicherlich nicht!

Ich glaube, in Zukunft sollten wir auch von der pol. Seite her trachten, auf die Beamten mehr Einfluß zu nehmen, um hier etwas aktiver zu werden. Vor allem, wenn finanzielle Mittel übrig bleiben.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Danke sehr für diesen Beitrag. Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall.

Bevor das Schlußwort vom Koll. Holub kommt, möchte ich vielleicht auch eine PRO-Bemerkung machen, daß nicht nur neg. Aussagen über die zuständigen Beamten und Architekten fallen.

Man muß einen Menschen - so glaube ich - in seiner Gesamtheit beurteilen. Ich halte ihn für äußerst qualifiziert. Selbst seine schärfsten Gegner, die bei mir Beschwerde führen über den einen oder anderen administrativen Mangel, loben eigentl. seine fachliche Qualifikation - trotz aller Kritik! Man sollte hier sehen, daß dieser Beamte für die Stadt Steyr und für den Zustand, in dem sie sich befindet (was ihre Gebäude anbelangt, die sind wiederum maßgeblich dafür, daß die Touristen und Besucher eigentl. recht begeistert sind), daß er sich um diesen Zustand sehr verdient gemacht hat. Bei allen Mängeln, die vielleicht auch auftreten.

Ich möchte doch bemerken, daß es Gott sei Dank in geworden ist, ein Stadthaus zu haben und dieses auch schön herzurichten. Das ist ein erfreulicher Umstand, weil die Stadt dadurch noch schöner wird. Aber das bedeutet auch sehr viel Arbeit in dieser Abteilung. Wir sollten auch wissen, daß er dort alleine tätig ist und vielleicht auch wirkliche objektive Überlastungen in diesem Bereich vorkommen.

Das hätte ich gerne bemerken wollen, damit die Dinge im Lot

bleiben. Nun bitte ich den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, wenn man mit der Art und Weise, wie Reg.Rat Scheuer seine Geschäfte führt, nicht glücklich sein muß, so heißt das nicht, daß Reg.Rat Scheuer eine schlechte Arbeit leistet. Das heißt das also wirklich nicht! Im Gegenteil, ich unterstreiche, was Hr. Bgm. Leithenmayr gesagt hat. Das Bild, das Steyr heute bietet, heißt zu einem wesentlichen Teil "Initiative der Hauseigentümer" und "Initiative von Karl Scheuer". Ich wäre ein Schuft, wenn ich ihm diese Ehre abschneiden wollte.

Was aber - abgesehen von seiner wirklich extremen Qualifikation in gestalterischer Hinsicht - für ihn erschwerend zu Buche schlägt, das ist das künstlerische Chaos, das in ihm wohnt. Und zum zweiten der eklatante Personalmangel, unter dem seine Arbeitsgruppe, die aus ihm und seiner Frau besteht, leidet. Der Amtsbericht, der Ihnen vorliegt, den hat seine Gattin zu Hause in der Freizeit geschrieben. Soweit auch zum Karl Scheuer und soweit auch zu seinem Einsatz für Steyr, den ich wirklich lobe.

Aber wenn eine Stadtverwaltung einen musisch funktionierenden Menschen in der Qualität eines Karl Scheuer nicht ausreichend mit administrativ begabten Menschen ausstattet, so muß dieser musisch orientierte

Mensch zur überwiegenden Unzufriedenheit von allen funktionieren. Also schuld ist nicht nur der Karl Scheuer, wenn sich der eine oder andere oder fast jeder Bauwerber ein bißchen ärgert über die Art und Weise, wie der Denkmalschutz vollzogen wird. Sondern schuld ist vor allen Dingen die unzulängliche Personalausstattung im Ressort Denkmalpflege. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob nicht auch die Ressortverteilung daran schuld ist, daß nämlich das Denkmalamt ein Referat im Bauamt ist. Anstatt das Bauamt zu kontrollieren, ist das Denkmalamt dem Bauamt unterstellt. Auch das erschwert die Arbeit des Denkmalbeauftragten.

Manche gehen sogar so weit, auch das Bundesdenkmalamt, daß es fordert, daß man für Steyr eine Außenstelle des Bundesdenkmalamtes ermöglichen sollte, weil Steyr ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dies würde mehr Geld kosten, das müßten sie uns auch geben!

STADTRAT KARL HOLUB:

Ja. ...weil Steyr von seinem Ensemble her dermaßen prominent ist, daß es in Europa seine Vergleichbarkeiten suchen muß. Das macht uns stolz! Das muß uns aber beschämt machen, wenn wir einen Menschen von der künstlerischen Qualität des Karl Scheuer, die unbestritten ist,

alleine lassen bei seiner Arbeit und uns dann wundern, wenn er nicht zu Rande kommt! Das wollte ich dazu sagen.

Zum zweiten - schade, daß Hr. Dr. Pfeil nicht da ist. Zum zweiten, wenn wir diesen Menschen alleine lassen in der Administration - auch nach dem Baurecht. Die Bezirksverwaltungsbehörde vollzieht die Agenden des Denkmalschutzes; Reg.Rat Scheuer ist nicht derjenige, der die Strafen verhängt, sondern das macht die Bezirksverwaltungsbehörde.

Mit hoher Aufmerksamkeit habe ich heute die Oö. Nachrichten gelesen: "Da schon wieder ein Skandal ausgebrochen wäre in Steyr, ist man bes. 'schluderig' mit dem Denkmalschutz". Das finde ich schon sehr eigenartig. Auf der einen Seite klagen sehr viele Hauseigentümer darüber, daß man zu penibel ist und auf der anderen Seite gibt es dann wieder eine donnernde Schlagzeile, daß es skandalhafte Zustände gibt. Es mag sein, daß unter der kundigen Hand von einzelnen Architekten die Überzeugungsarbeit dem Reg.Rat Scheuer gegenüber so erfolgreich gelungen ist, daß auch ein einstürzendes Haus auf dem Stadtplatz nicht als Denkmal-Katastrophe, sondern als Aufschwung zur Erneuerung gesehen wurde. Es befriedigt nicht - das gebe ich zu. Aber man sollte nicht Skandale daraus konstruieren, wo sich Karl Scheuer wirklich bemüht, den

Kompromiß zw. Denkmal und modernem Leben zu finden.

Was uns in Steyr von der Architektur zu kurz kommt, das ist die Architektur des 20. Jhdts., die es ja auch noch gibt. Ein Vorwurf nicht an Karl Scheuer, sondern an die Bauherren in unserer Stadt - auch die gemeinn. Bauherren! Was uns in Steyr nachdenklich machen müßte, das ist auch die Tatsache, daß wir uns allmählich hineinverleiten lassen, daß wir - schauen wir doch div. Adaptierungen an - den Baustil hinbringen in das überaus zu sehr Angepaßte; und daß wir in vielen Stadtrandbereichen allmählich in der Architektur nicht zu unterscheiden sind von der Lederhose in den Tiroler Bergen - auch das ist nicht Oö., was hier gebaut wird. Aber auch dafür kann Karl Scheuer nichts!

Ich glaube, wenn wir über Denkmalschutz reden, so sollten wir uns im klaren darüber sein, daß ein einziger Architekt heillos überfordert ist, wenn er das Ressort Denkmalpflege führen soll, wenn er der Gutachter sein soll in der Mehrzahl der Bauverfahren nach der Stadtbild-Rücksichtnahme und nach dem Ortsbildgesetz und wenn er dann auch noch Förderungen administrieren soll, die von ihrer Komplexität her ungeheuer umständlich sind! Wenn Sie, Fr. Kollegin Mach, gesagt haben, man soll nur vorliegende Rechnungen von gewerbetreibenden Unterneh-

mungen akzeptieren, so trifft das in manchen Fällen leider Gottes daneben. Dort nämlich, wo die Hauseigentümer mit Eigenkraft und Eigenengagement selber ihre Häuser instand setzen. Da findet man derzeit noch den Ausweg, daß man z. B. die Gerüstkosten ersetzt und die Restauratorenkosten, die sowieso nicht in "Pfusch" gemacht werden dürfen. Das ohnehin! Aber wenn einer bauen kann, warum soll er dann nicht auch eine Förderung bekommen können; natürlich wenn er es selbst macht - bitte ich bin nicht einer, der für "Pfuscher" spricht. Das sollten wir miteinüberlegen, wenn Sie fordern "nur Rechnungen". Da würde man auf die Diskussion im StS kommen mit "nur", "gewöhnlich" und "im Regelfall", "vor allem" bzw. "grundsätzlich". Stattdessen wir das Referat Denkmalpflege mit Mitarbeitern aus, reichern wir die Aufgaben wieder in die Richtung an, wo sie hingehören und beachten wir auch den kulturhist. Auftrag in der Denkmalpflege und in der Architektur!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke vielmals, daß Du in Deinem Schlußwort auch auf die weiteren Punkte schon Bezug genommen hast. Wir kommen aber jetzt zur Abstimmung über Antrag Nr. 13). Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe?

Stimmenthaltungen? Keine.
Einstimmig. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Mit geänderten Beträgen und geänderten Stadtteilen trifft das vorgenannte auf den Antrag Nr. 14) zu. Ich bitte, die Zustimmung zu geben.

14) K-3300/89

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1992 Steyrdorf und Wehrgraben; Fassaden und Dächer; Zwischenbericht; Einbeziehung weiterer Objekte.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR vom 10. Sept. 1992 wurden für die Durchführung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1992 im Bereich Steyrdorf und Wehrgraben bezüglich der Fassaden- und Dachsanierungen Förderungsmittel im Ausmaß von S 1,734.000,-- bewilligt. Unter anderem wurden Mittel in eben dieser Höhe freigegeben.

In Abänderung des Beschlusses vom 10. Sept. 1992 werden weitere Objekte nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA III vom 30. Dez. 1992 mit Gesamtbedarfsmitteln von S 133.400,-- einbezogen und wird der Umwidmung der bereits bewilligten und freigegebenen Mittel zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen

Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke - wünscht hiezu jemand das Wort? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Einstimmig.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der Antrag 15) betrifft das wohl herausragendste - im wörtlichen Sinn - Ensemble in Steyr; nämlich die Stadtpfarrkirche und die Endfinanzierung der Außenrestaurierung, Beschlußfassung über die 7. und 8. Rate. Die Stadt Steyr war lang in Vorlage, hat eine Zeitlang die Förderungen sistiert, um den anderen Förderungsgebern die Möglichkeit zu geben, hier in Gleichschritt zu gelangen. Der Gleichschritt ist erfolgt; in zwei Endfinanzierungen sollen erledigt werden für das Jahr 1992 noch 700.000 Schilling, die zu 435.000 S vorhanden freigegeben werden sollen und mit 265.000 S eine Kreditüberschreitung bedeckt werden können. Ich bitte um Zustimmung.

15) Ha-3202/86

Kirchliche Ensembles von Steyr; Stadtpfarrkirche; Außenrestaurierung; 7. Rate.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 4. Jan. 1993 wird im Zusammenhang mit der Außenrestaurierung der Stadtpfarrkirche der Gewährung eines Subventionsbetrages für das Rechnungsjahr 1992 im Ausmaß von S 700.000,-- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 435.000,--

(vierhundertfünfunddreißigtausend)

bei der VA-St. 5/3630/777100.9 sowie weitere Mittel im Ausmaß von

S 265.000,--

(zweihundertfünfundsechzigtausend)

bei der gleichen VA-St. in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr - wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Hr. StR Holub und unterbreche die Sitzung für 10 Minuten Rauchpause.

PAUSE VON 16.12 BIS 16.25 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Der nächste Berichterstatter ist Hr. StR Ing. Schloßgangl - ich bitte um den Vortrag und erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um den Bebauungsplan 47 - Stein.

16) Bau2-951/92

Bebauungsplan Nr. 47 -
"Stein"; Änderung Nr. 1.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 47 - "Stein" - Änderung Nr. 1 - wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 13. März 1992 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 1. Dezember 1992 nach § 23 Abs. 2 und 3 des Oö. Raumordnungsgesetzes, LGBI. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Niemand; daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag behandelt den Bebauungsplan Nr. 5 - Christkindl.

17) Bau2-7918/91

Bebauungsplan Nr. 5 -
Christkindl; Änderung
Nr. 2 - Dr. Saxenhuber/
Muigg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 5 - Christkindl - Änderung Nr. 2 - Dr. Saxenhuber/Muigg - wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 29. April 1992 (Änderung vom 15. Dezember 1992) sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 7. Jänner 1993 nach § 23 Abs. 2 und 3 des Oö. Raumordnungsgesetzes, LGBI. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke - wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also stimmen wir ab. Wer ist dafür?

Danke. Wer ist dagegen?
Niemand. Stimmenthaltung wird
nicht geübt. Einstimmig be-
schlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es
um die Straßenbenennung
"Hermann-Schmid-Straße". Der
Antrag lautet:

18) Ges-15/92

Straßenbenennung "Her-
mann-Schmid-Straße" u.
"Dammstraße".

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA XI vom 14. Dezember 1992
erhält die Straßenverbindung zw.
Aschacher Straße und dem
Christkindlweg, im Lageplan des
Stadtbauamtes gelb lasiert, die
Bezeichnung

"Hermann-Schmid-Straße".

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wünscht jemand das Wort? Hr.
Vbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine
Damen und Herren! Ich möchte
nur eine Anfrage stellen an den
Baureferenten, der für diesen
Amtsbericht verantwortlich ist.
Welche Logik ist dahinter, daß
das Baurechtsamt die Stra-
ßenbenennungen durchführt?

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Zur Logik kann ich nichts sagen;
es ist an und für sich in den
Aufgabenbereich des Bau-
rechtsamtes gelegt. Wer das
gemacht hat, kann ich auch nicht
bestimmen, und daher haben die
das zu beantragen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

Wird da jemand gefragt?

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Darf ich kurz einmal den Antrag
vorbringen. Aufgrund der Be-
bauung usw. wird hier vor-
geschlagen, daß der Straßenzug
zw. der Aschacher Str. und dem
Christkindlweg in Frage kommt.
Entsprechend den Vormer-
kungen im Stadtbauamt wurde
für die Straßenbenennung der
Name "Hermann-Schmid-Straße"
vorgeschlagen.

Diese Vormerkung liegt schon
länger im Amt auf. Schmid -
steht hier im Bericht - war Sohn
eines Schuldirektors und
Stenographie-Lehrer; war in der
Kirchengasse in Steyr wohnhaft.
Er hat sich vor allem dem
Lehrberuf gewidmet - das geht
ja aus dem Amtsbericht hervor.
Und aufgrund dieser Liste, die
diese Vormerkungen beinhaltet,
wird dieser Hermann Schmid für
die Benennung der Verbin-
dungsstraße vorgeschlagen. Mehr
kann ich dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Zu Wort hat sich noch einmal Hr.
Dr. Pfeil gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

Ich könnte mir schon vorstellen,
daß insbes. bei der Benennung
von Straßen - einerseits, wenn
Persönlichkeiten vorhanden sind
und keine Straßen, andererseits,
wenn Straßen vorhanden sind
und eine Persönlichkeit gesucht
wird - auch der Kulturausschuß
in diesem Bereich beschäftigt
wird und eine Stellungnahme
dazu abgibt.

Damit wir nicht wieder so eine
Blamage erleben, wie beim
letzten Antrag "Marlen
Haushofer". Ich dachte, das wird
in der Zwischenzeit geregelt, ist
leider nicht erledigt worden.
Aber ich möchte mir so eine
Vorgangsweise in Zukunft
vorstellen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich möchte dazu sagen, daß
nichts dagegen spricht, wenn sich
der Kulturausschuß damit
beschäftigt. Dann wäre der
Kulturausschuß - so wie auch
andere Gremien der Stadt -
durchaus in die Lage versetzt,
solche Vorschläge zu bringen.
Diese werden gesammelt und es
ist ohnehin dann Be-
ratungsgegenstand, welche
dieser neu zu benennenden
Straßen mit einem Namen aus
diesem Vorschlagsregister

versehen werden. Ich persönl.
weiß auch nicht genau, wie diese
Namen entstanden sind. Offenbar
hat es auch schon Zeiten gegeben,
wo man keine Personen hatte -
sonst würde es keine Lerchen-
oder Tannen- oder Wiesen-
straßen geben!

Wenn wir aber wieder bei
Persönlichkeiten sind, dann
sollten wir durchaus einmal ein
Register anlegen und dann eine
Zuordnung vornehmen.

Gibt es noch eine Wortmeldung?
Hr. GR Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Wenn es schon um ein so
wichtiges Thema geht. Ich
glaube, daß auf jeden Fall nicht
nur der Kulturausschuß damit
befaßt gehört, sondern daß jedem
Ausschuß die Möglichkeit
gegeben werden sollte, Personen
namhaft zu machen. Ich kann
mir vorstellen, daß dies genauso
im Sozialen möglich ist und auch
in anderen Ausschüssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Sinn meiner Ausführungen!

Bitte das Schlußwort, Hr.
Berichterstatte.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Aufgrund der Diskussion, glaube
ich, sollte man die Liste einmal
überprüfen, welche Namen
vorgeschlagen sind. Diese kann
man dann logischerweise
sinnvoll aus versch. Ausschüssen
ergänzen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Gut. Nunmehr kommen wir zur
Abstimmung. Wer ist für den
Antrag Nr. 18) Straßenbe-
nennung "H.-Schmid-Straße"?
Danke. Gegenprobe? Stimm-
enthaltung wird nicht geübt.
Einstimmig angenommen.
Antrag Nr. 19) bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Mein letzter Antrag lautet:

19) Bau6-483/92

1. Errichtung Kanalisation
Wehrgraben-Süd; 2. Aus-
baustufe: - Blumauergas-
se, S.-Stöger-Str. u. Josefg.;
- Flußquerungen Mitter-
u. Gsangswasser; - Pump-
werk F

2. Straßenbau, Beleuch-
tungs-, Gas- sowie Wasser-
leitungsverlegearbeiten im
Zuge des Kanalbaues.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Mit Beschluß des GR vom 3. 7.
1992 wurden im Zusammenhang
mit der Errichtung der
Kanalisation Wehrgraben - Süd,
2. Ausbaustufe, die er-
forderlichen Arbeiten mit einer
Gesamtvergabesumme von S
15,782.746,32 incl. MWSt.
vergeben. Unter einem wurden
hiefür Mittel im Ausmaß von S
6,575.000,-- freigegeben. Die
Freigabe der Restmittel für
Kanal- und Straßenbau blieb

einer gesonderten Beschluß-
fassung vorbehalten.

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA III vom 29. Dez. 1992 wird
nunmehr zur Begleichung
weiterer Teilrechnungen in
diesem Zusammenhang einer
Mittelfreigabe im Ausmaß von
S 1,000.000,--
(einemillion)

bei der VA-Stelle
5/8110/004110.1 zugestimmt.
Die Freigabe der Restmittel bleibt
einer gesonderten Beschluß-
fassung vorbehalten.

Infolge Dringlichkeit wird der
Magistrat der Stadt Steyr gem. §
47 Abs. 5 des Statutes für die
Stadt Steyr zum sofortigen
Vollzug dieses Beschlusses er-
mächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke für diesen Antrag. Wird
das Wort gewünscht? Nicht der
Fall, also kommen wir zur
Abstimmung. Wer für den
Antrag ist, den ersuche ich um
ein Zeichen mit der Hand. Danke
sehr. Gegenprobe? Stimment-
haltung wird nicht geübt. Auch
dieser Antrag ist einstimmig
angenommen.

Ich danke Koll. StR Schloßgangl.
Nächster Berichterstatter ist StR
Leopold Tatzreiter - ich bitte um
die Anträge.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
LEOPOLD TATZREITER:

In meinem ersten Antrag geht es, meine Damen und Herren, sehr geehrte Herren Bgm., um die Zahlung der dritten Kaufpreisrate der Knoglergründe. Wie aus dem Amtsbericht bzw. aus den vorherigen Beschlüssen bekannt ist, geht es um die letzte Zahlung. Der Antrag des StS an den GR lautet:

20) ÖAG-7903/90

Knoglergründe; Zahlung
der dritten Kaufpreisrate.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD, Rechtsreferat, wird der Entrichtung der für das Jahr 1993 fälligen Kaufpreistraten für die sogenannten Knoglergründe an Frau Gertraud Spaller, Enzengangstr. 4, 4523 Neuzeug, in Höhe von S 2,565.330,-- und an Frau Josefine Schillhuber, Eglmayrstr. 5, 4493 Wolforn, in Höhe von S 9,544.170,-- zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird bei der VA-Stelle 5/8400/001000.2 ein Betrag von

S 10,630.000,--

(zehnmillionensechshundertdreißigtausend)

freigegeben und bei der gleichen VA-Stelle eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 1,479.500,--

(einemillionvierhundertneundsiebzigtausendfünfhundert) bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr - wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also stimmen wir ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Abschluß eines Tauschvertrages zw. der Stadtgemeinde und der GFM. Der Antrag des StS an den GR lautet:

21) ÖAG-5680/92

Abschluß eines Tauschvertrages zw. der Stadt u. der GFM über Grundstücksteile
an der Resthofstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD, Rechtsreferat, wird dem Abschluß eines Tauschvertrages zw. der Stadt und der GFM mit nachstehendem Inhalt zugestimmt:

Die Stadt tritt an die GFM, Gesellschaft für Fertigungstechnik und Maschinenbau-AG, Steyr, Ennsstr. 14, die in der Vermessungsurkunde des Dipl.-Ing. Friedrich Mayrhofer vom 9. 12. 1992, GZ 8213/1992, als Teilflächen "1" und "2" bezeichneten Grundstücksteile der Parzelle 1769/1 im Gesamt-

ausmaß von 897 m² ab. Im Tauschwege erhält die Stadt von der GFM das Waldgrundstück 1763 im Ausmaß von 1.394 m² und das in der genannten Vermessungsurkunde als Teilfläche "3" bezeichnete Teilstück der Parzelle 1761/1 im Ausmaß von 1.140 m². Hinsichtlich der Tauschflächen wird Wertgleichheit vereinbart, wobei die Grundstücksteile, welche die Stadt an die GFM abtritt, mit S 1.000,--/m² bewertet werden. Die Waldparzelle 1763 wird pauschal mit S 86.000,-- bewertet, der Wert des von der GFM an die Stadt abzutretenden Grundstücksteiles wird aufgrund der Aufteilung in einen Grünanteil und einen Baulandanteil mit insgesamt S 811.000,-- festgelegt.

Die Kosten der Vermessung sind von der GFM zu tragen, die Kosten der Vertragsserrichtung werden im Gegenzug von der Stadt übernommen. Hinsichtlich der Eintragungsgebühr und der Grunderwerbsteuer wird zwischen den Vertragsteilen vereinbart, daß diese von jedem Vertragspartner selbst getragen werden.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag jemand Stellung nehmen möchte. Das ist nicht der Fall, also kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für

den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um einen Kaufvertrag zw. der Stadtgemeinde Steyr und den Ehegatten Gruber aus Gleink. Wie im Amtsbericht dargestellt, bitte ich um Freigabe des Betrages von 4,370 Mill. S. Der Antrag lautet:

22) ÖAG-4262/92

Kaufvertrag Stadtgemeinde Steyr - Ehegatten A. u. A. Gruber, 4407 Steyr-Gleink, Haidershofner Str. 2; Zahlung d. 2. Kaufpreisrate.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD, Rechtsreferat, wird der Auszahlung eines Betrages von S 4.000.000,-- an die Ehegatten Alois und Adelheid Gruber, 4407 Steyr-Gleink, Haidershofner Str. 2, als zweite Kaufpreisrate für die von der Stadt erworbenen Grundstücke an der Winklinger Str. zugestimmt. Zum genannten Zweck und zur Abdeckung der Nebenkosten wird ein Betrag von S 4,370.000,--

(viermillionendrei-
hundertsiebzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8400/001000.2 freigegeben. Infolge Dringlichkeit wird gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die

Stadt Steyr der Magistrat Steyr
zum sofortigen Vollzug dieses
Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das
Wort zu diesem Antrag? Nicht
der Fall, also stimmen wir ab.
Wer ist dafür? Danke. Wer ist
dagegen? Niemand. Stimment-
haltung wird nicht angezeigt.
Einstimmig. Nächster Antrag
bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZ-
REITER:

In meinem letzten Antrag geht
es um die FF in der Steiner
Straße, Löschzug III. Es handelt
sich hier immer um die
Bestbieter-Preise; der Antrag des
StS an den GR lautet:

23) Bau5-2224/90

FFW Stein, Steiner Str.,
Löschzug III; Vergabe d.
Dachdecker- u. Spengler-
arbeiten sowie Elektro-
installationsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Mit Beschluß des GR vom 26.
Nov. 1992 wurden im
Zusammenhang mit dem
Abschluß der 1. Bauetappe des
Feuerwehrhauses der FF Stein,
Steinerstraße, Löschzug III,
Dachdecker- u. Spenglerarbeiten
an die ARGE Fa. Faatz und
Langthaler, Steyr, zum Preise
von netto S 234.893,23 und
Elektroinstallationsarbeiten an
die Fa. Berger, Steyr, zum Preise

von netto S 527.950,63
vergeben.

Die diesbezügliche Mittelfreigabe
blieb einer gesonderten
Beschlußfassung vorbehalten.

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA III vom 29. Dez. 1992 wird
nunmehr einer Mittelfreigabe im
Ausmaß von

S 623.000,--

(sechshundertdrei-
undzwanzigtausend)

bei der VA-St. 5/1630/010030.7
zugestimmt.

Ich bitte auch hier im Ihre
Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke für diesen Vortrag.
Wünscht jemand zum
Feuerwehr-Antrag das Wort?
Nicht der Fall - wir stimmen
darüber ab. Wer dafür ist, soll
bitte ein Zeichen mit der Hand
geben. Danke. Gegenprobe?
Stimmenthaltungen? Keine.
Ebenfalls einstimmig ange-
nommen.

Ich danke Koll. StR Tatzreiter für
seinen Vortrag. Für den
entschuldigsten Koll. StR Zagler
darf ich nun Hr. Vbgm. Sablik
das Wort erteilen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜR-
GERMEISTER ERICH SABLIK
ANSTELLE VON STADTRAT DKFM.
MAG. HELMUT ZAGLER:

Meine Damen und Herren, ich
habe Ihnen drei Anträge
vorzutragen. Im ersten geht es
um die Annahme eines Darlehens

des Wasserwirtschaftsfonds in Höhe von 60 Mill. S. Sie werden gebeten, für die Realisierung der Kanalisation aus den Projektgebieten Steyrdorf, Christkindlsiedlung, Wehrgraben - Süd, Tabor, Taschelried, Resthof und Reichenschwall - Pyrach, mit einer Gesamtbaulänge von 10,2 km, diesen formalen Vorgang zu setzen. Es wird hier ein 55%iges Darlehen in Höhe von 110 Mill. S realisiert, das ist bei 60 Halbjahresraten und 2%iger Verzinsung ein sehr günstiges Angebot.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

24) Ha-3136/74

ABA BA 07 Stadt Steyr;
Darlehen des Umwelt- u.
Wasserwirtschaftsfonds,
Annahmeerklärung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit der Gewährung eines Darlehens des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds für die Realisierung der ABA BA 07 der Stadt Steyr wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA III vom 17. Dez. 1992 nachstehendem zugestimmt:

1. Annahme eines Darlehens in Höhe von S 60,500.000,-- für die ABA BA 07 der Stadt Steyr zu den in der Förderungszusicherung vom 3. 11. 1992 eingeräumten Konditionen,
2. Aufbringung der Eigenmittel in Höhe von S 40,500.000,-- und der Anschlußgebühren in Höhe von S 9,000.000,--.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Niemand, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag Nr. 24) ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Kein Einwand. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Der nächste Akt beinhaltet die Zuerkennung einer Grundleistung an die Verkehrsbetriebe der Stadtwerke. Die Stadt muß aufgrund der Vereinbarung denselben Betrag zuschießen, wie wir als Zweckzuschuß zur Förderung von öffentl. Personen-Nahverkehrsunternehmen vom BM f. Finanzen erhalten. Die haben im Jahr 1992 S 1,225.350,-- gewährt - wir jedoch nur S 1,100.000,--. Daher muß die Stadt den Differenzbetrag zur Verfügung stellen.

Ich ersuche Sie, 125.350 S nachzuschießen.

25) PräS-31/83

Verkehrsbetriebe d. Stadtwerke; Zuerkennung einer Grundleistung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR der Stadt Steyr vom 19. 3. 1992 wurde als Grundleistung für den

Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für das laufende Rechnungsjahr 1992 der Betrag von S 1,100.000,-- freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MD vom 17. 12. 1992 wird nunmehr eine Aufstockung dieser Grundleistung um einen Betrag von S 125.350,-- auf insgesamt S 1,225.350,-- genehmigt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 125.400,--

(einhundertfünfund-

zwanzigtausendvierhundert)

werden bei VSt 1/8790/759200.5 für das Rechnungsjahr 1992 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Meine Damen und Herren, wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, also stimmen wir gleich ab. Wer ist dafür? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch niemand. Einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-
LIK:

Mit dem Roten Kreuz wurde vereinbart, daß in 3 Jahresraten 12,105.000 Schilling zur Errichtung des Rot-Kreuz-Gebäudes und der anderen Anlagen von der Stadt als Subvention gegeben werden. Das Rote Kreuz ersucht um die Rate für 1993 in Höhe von 4,1 Mill. S. Ich ersuche Sie, diesen Betrag freizugeben.

26) Ha-7419/90

Rot-Kreuz-Bezirksstelle
Steyr-Stadt; Zu- und Um-
bau; Finanzierungsbeitrag
der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD vom 7. Jänner 1993 wird der Leistung des zweiten Teilbetrages durch die Stadt Steyr für den Um- und Neubau des Rot-Kreuz-Gebäudes in der Redtenbachergasse in Höhe von 4,1 Mill. S, zahlbar unmittelbar nach Beschlußfassung durch den GR der Stadt Steyr, zugestimmt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 4,100.000,--

(viermillionen-
einhunderttausend)

werden bei VSt 5/5300/777000.9 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wird zum Rot-Kreuz-Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Koll. Vbgm. Sablik.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir - gem. unserer Abstimmung eingangs der Sitzung - zum Initiativantrag der FPÖ-Fraktion. Nachdem eine entspr. Begründung durch Hr.

Vbgm. Dr. Pfeil gewünscht wird, erteile ich ihm das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Zum vorliegenden

Dringlichkeitsantrag möchte ich noch folgende Begründung beifügen. Ich möchte ihn aber auch noch vollkommen zitieren, um der Wichtigkeit dieses Antrages Betonung zu verleihen.

DRINGLICHKEITSANTRAG zur Sitzung des GR der Stadt Steyr am 21. 1. 1993. Gem. § 7 der GO der Stadt Steyr stellt die FPÖ-GR-Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Resolution zu Westbahn über Steyr

Im Jahre 1992 wurde von den Österr. Bundesbahnen ein Projekt vorgelegt, das vorsieht, die Westbahn zw. Amstetten und Linz 4gleisig auszubauen und dabei den Streckenabschnitt zw. Seitenstetten und St. Valentin vollkommen neu zu trassieren. Dies berechtigt nun die Stadt Steyr neuerlich zu der Forderung, durch Führung von zwei der 4 Hochleistungs-Geleise über Steyr, in dieses Hauptverkehrsnetz miteingebunden zu werden. Steyr mit seinen 40.000 Einwohnern und einem großen Einzugsgebiet ist nicht nur eine der bedeutendsten Industriestädte Österreichs, sondern auch eine sehr bed. Schulstadt und könnte durch

Einbindung in das europ. Fernverkehrsnetz auch als Fremdenverkehrsstadt reüssieren.

Die Streckenführung von Linz über Steyr nach Amstetten wäre nur um etwas mehr als 1 km länger - exakt 1,4 km -, als die über St. Valentin geführte Strecke. Die Stadt sowie das untere Enns- und Steyrtal wären mit einem Schlag aus der Randlage befreit und bekämen entspr. wirtschaftl. Impulse.

Sollten die geringeren Mehrkosten der Streckenführung über Steyr - ich bezweifle, ob es überhaupt zu Mehrkosten kommt - abermals als Vorwand gegen die Einbindung in das europ. Fernverkehrsnetz benutzt werden, so sollten Steyr und das Land OÖ. alles daran setzen, um diesen Differenzbetrag aufzubringen und der Stadt ihre verdiente Jahrhundertchance zu gewähren.

Der GR fordert daher den Bgm. der Stadt Steyr auf, in dieser Angelegenheit Verhandlungen mit folgenden Stellen aufzunehmen:

Generaldirektor der ÖBB, HR Dr. Heinrich Übleis, Elisabethstraße 9, 1010 Wien;

Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG, Vorstand Dr. Gustav Hammerschmid, Postfach 94, 1041 Wien;

Amt der Oö. LR: Hr. LH Dr. Josef Ratzenböck, Hr. LR Dr. Pühringer (BEILAGE)

Ich möchte dazu noch folgendes ergänzen: Wir stehen hier wirklich vor einer vollkommen neuen Situation im Gegensatz zu 1988. Damals war geplant, die Westbahn von Amstetten, Seitenstetten kommend über Steyr nach St. Valentin 2gleisig in einer Strecke zu führen. Nun aber ist geplant, diese Strecke Amstetten, insbes. von Seitenstetten Richtung St. Valentin, Linz, vollkommen neu zu trassieren und 4gleisig auszubauen.

Es wäre nun die Chance, daß man 2 dieser Hochleistungsstrecken über Steyr bekommt, daß die bestehende alte Westbahn-Strecke über St. Valentin bestehen bleibt, so wie sie ist, und daß wir uns gemeinsam mit den St. Valentinern entscheiden - nicht wie es damals war, gegen die St. Valentiner. Wir entscheiden uns also für St. Valentin, für das Mostviertel und wir haben in Steyr eine direkte Anbindung an den Großraum Linz und Wels.

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen nun die Zahlen sage, welche Chance der öffentl. Verkehr dadurch bekommt. Die Fahrzeit von Steyr nach Linz würde dann 14 Minuten betragen; nach Wels: 30 Minuten; Amstetten: 15 Minuten; St. Pölten: 40 Minuten und Wien: 75 Minuten.

Es gibt dann keinen vernünftigen Grund mehr, das Auto zu benutzen. Das ist eine Jahrhundertchance. Wir haben

nun ein letztes Mal die Möglichkeit und sollten zu einem einstimmigen Beschluß kommen, daß die Westbahn über Steyr geführt wird. Steyr ist weder angebunden an ein ordentl. Straßennetz - die Wirtschaft klagt immer, daß wir schlecht erreichbar sind; insbes. die Städte, die unsere Konkurrenz sind: z. B. Wels und Amstetten haben uns bed. Vorteile voraus mit einer Anbindung sowohl an die Bahn, als auch an die Autobahn.

Wir haben - wie gesagt - weder eine Eisenbahn, noch eine leistungsfähige Autostrecke, noch haben wir einen Flugplatz in Steyr! Darum haben wir das Verkehrsmittel der Zukunft - die Eisenbahn - gerne in Steyr. Ich glaube, wir sollten alle gemeinsam diese Resolution beschließen und gemeinsam bei Bund und Ländern damit vorstellig werden.

Ich bitte dringend um Ihre Zustimmung! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke, Hr. Dr. Pfeil, für Ihre Begründung. Ich möchte nun den Vorsitz an Koll. Sablik abgeben, um mich selbst an der Diskussion zu beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bgm. das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Zunächst möchte ich Hr. Dr. Pfeil recht herzlich begrüßen im Kreise derer, die sich bemühen, die Westbahn über Steyr zu führen. Es gibt natürlich hier schon eine ziemliche Historie aufzuzählen in dieser Bemühung. Wir - Koll. Holub als Vbgm. und ich als Abgeordneter und damals Jung-Vbgm. - haben uns mit dieser Materie schon im Verein mit Hr. Hartlauer, Hr. Bgm. Schwarz natürlich und Hr. LH und anderen prominenten Vertretern unserer Region mit diesem Wunsch an die Wiener Stellen und Ministerien gewendet. Es hat sich nichts geändert an dieser Einstellung, daß es schön wäre und daß wir uns das wünschen.

Als ich gestern gehört habe bei einer anderen Veranstaltung, bevor Sie Ihre Pressekonferenz durchgeführt haben, daß sich Hr. Schipek von der Steyrer Zeitung vorzeitig verabschieden muß, weil er zu Ihrer Pressekonferenz gegangen ist, habe ich gesagt: "Sagen Sie Hr. Dr. Pfeil, wenn er die Westbahn über Steyr zusammen bringt, werde ich ihn persönl. auf den Damberg und wieder herunter tragen bis zum Armenhaus. Dazu stehe ich!"

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich hoffe, daß ich dann noch kräftig genug bin, wenn der Zeitpunkt gekommen ist!

Spaß beiseite - es ist ein wichtiges und ernstes Problem. Ich darf sagen, daß natürlich unserer Aufmerksamkeit nicht entgangen ist, daß hier neue Überlegungen zum Ausbau - im Zuge des Projektes "Neue Bahn" - vorhanden sind. Einer meiner Nachfolger im Hohen Haus, der Abg. Gartlehner, ist ja ein Eisenbahner-Sohn und als Fachmann und auch beruflich ein Logistik-Spezialist. Er hat sich natürlich mit dieser Materie beschäftigt und in einem Schreiben am 11. Mai 1992 die Gedanken darüber zusammen gefaßt und sie an den zuständigen Minister, Mag. Viktor Klima, herangetragen. Ich darf dies dem hohen GR zur Kenntnis bringen:

Schon 1985 wurde in dem als Grundlage für das Programm "Neue Bahn" herangezogene ADL-Gutachten festgestellt, daß die Modernisierung der Westbahn als eine internat. bedeutsame Verkehrsachse eine sachliche Notwendigkeit darstelle. Durch die durchgreifenden pol. Veränderungen, wie Ostöffnung und bevorstehender EWR, sowie durch ökologische Restriktionen und logistische Erfordernisse der Wirtschaft, stellt der nunmehr viergleisige Ausbau der Westbahn eine verkehrspolitisch notwendige Maßnahme dar. Die Bereiche Wien - St. Pölten und Attnang-Puchheim nach Salzburg

werden derzeit als erste Abschnitte einer viergleisigen Westbahn von der HL-AG geplant. Der Lückenschluß St. Pölten - Attnang erfolge durch die ÖBB nach betrieblichen Prioritäten.

Das ADL-Gutachten ist als aktuelle Basis der Ablehnung für den Westbahnanschluß Steyrs sowie zur Beurteilung des oö. Zentralraumes überholt. Die

notwendige Durchflußgeschwindigkeit in der "Pipeline Westbahn" ist in OÖ. gefährdet,

- da der Gütertransport Nord-Süd und West-Ost explodiert,

- da die Sanierung der bestehenden Trasse aus Kapazitätsgründen ohne massive Störungen des Tagesgeschäftes erst nach Errichtung der zwei zusätzl. Geleise möglich sein wird,

- die Errichtung der zusätzl. Geleise in den städt. Bereichen von Linz bis Wels auf gewaltige Platzprobleme, Umweltverträglichkeits-Probleme und hohe Kosten stoßen würde,

- aus raumordnungspol. Kriterien der Zentralraum nicht mehr mit zusätzl. Durchflußvolumen belastet werden soll, damit die eingene Dynamik und Weiterentwicklung nicht gefährdet werde.

Daher fordert der Abgeordnete Kurt Gartlehner eine Machbarkeitsstudie durch ein unabhängiges Gutachtertteam für die Trassenführung des Westbahnausbaues unter Erschließung der Bezirke Steyr,

Kirchdorf und Gmunden. Diese Trasse solle von St. Peter/Au neu über Steyr, Sierning, Bad Hall, Kremsmünster, Vorchdorf, Laakirchen nach Attnang-Puchheim führen.

Die Vorteile dieser Streckenführung führt er folgendermaßen an:

- Der Industriestandort Steyr für das Güteraufkommen und die Tourismusregion der Eisenstraße und der Nationalparkraum Kalkalpen des Steyrtals und Ennstales würden ökologisch erschlossen.

- Die Erschließung des Bezirkes Kirchdorf ergäbe eine zusätzl. Schnittstelle mit der Pyhrnbahn, wodurch die Entschärfung der Linzer Spitzenbelastungen im Güterverkehr möglich wäre.

- Laakirchen und Steyrermühl hätten direkt Westbahnanschluß.

- Infrastruktur-Maßnahmen, wie diese Trassenführung, ziehen Dienstleistungen und gewerbl. Interessenten an, keine regionalpol. Maßnahme zur Entwicklung dieser Regionen wäre effizienter, als Verkehrsinfrastruktur-Maßnahmen dies sind.

- Ca. 160.000 Einwohner können zusätzl. an ein hochrangiges Verkehrsnetz angebunden werden.

- 47.000 Haushalte, rund 50.000 Beschäftigte dieser Regionen, wovon 18.000 Einpendler und 22.000 Auspendler sind, relativ hohe Arbeitslosigkeit in diesem Gebiet bieten ein regionalpol.

Potential von erheblichem Ausmaß.

- Fahrzeitverkürzungen von Amstetten bis Attnang-Puchheim im gewaltigen Ausmaß von ca. 20 Minuten wären möglich, d. h., dem Prinzip der kürzesten Wege wäre im überregionalen Personen- und Gütertransport entsprochen.

- Alle bautechnischen Probleme mit dem viergleisigen Ausbau am bestehenden Netz entfallen.

- Ein umfassender Wirtschaftlichkeitsvergleich dieser Trasse mit der bestehenden Streckenführung sei daher sinnvoll, ja staatspol. notwendig, meinte der Abgeordnete Gartlehner damals.

Er hat dies an den Minister herangetragen. Es ist natürl. im Rahmen der Bundesbahnen eine Prüfung erfolgt. Der BM hat zurückgeschrieben, allerdings leider negativ. Die Bundesbahnen können dem eher wenig abgewinnen. Das ist natürl. bei solchen Projekten am Anfang immer so.

Die Diskussion ist also hier weiter gegangen; mittlerweile haben sich die Abg. Gartlehner und Neuwirth (der für den Bezirk Gmunden zuständig ist) zusammengeschlossen. Wir sollten es auch zu einem oö. Anliegen machen, hier im Zentralraum diesen Verkehrsring auf der Schiene zu schließen, daß zunächst einmal eine dynamische Simulation der Transport-Volumina durchgeführt werden sollte. Diesen Auftrag wird

Gartlehner gem. mit Neuwirth an die TU Wien geben. Dieses Simulationsmodell würde, wenn es hier zu einem pos. Ergebnis führt, die Verkehrsströme im Güterverkehr sozusagen disponierbar erscheinen lassen. Das ist eine Voraussetzung, um überhaupt dann eine Machbarkeitsstudie zu bestellen. Die Kosten einer solchen Machbarkeitsstudie belaufen sich auf rd. 3 Mill. S - hier müßten wir natürl. mitfinanzieren. Ich würde der erste sein, der dafür ist, wenn wir die Chance sehen. Diese zunächst durchzuführende dynamische Simulation, diese Studie der TU Wien, wird von den beiden Abg. finanziert; aus den Mitteln, die Abg. neuerdings für wissenschaftl. Mitarbeit bei ihrer Tätigkeit haben.

Sie sehen also, sehr geehrter Hr. Vbgm. Dr. Pfeil, es gibt hier einige, die sich schon mit dieser Materie beschäftigen. Ich glaube, wir sollten gemeinsam versuchen, das zu tun. In diesem Sinne würde ich ebenfalls eine Zustimmungserklärung zu diesem Antrag, den Sie heute mit Ihrer Fraktion eingebracht haben, abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Ich gebe den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz wieder und erteile Hr. StR Holub

das Wort - er hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich möchte mich den Begrüßungsworten des Bgm. anschließen und sagen: "Willkommen an Board, Hr. Dr. Pfeil!" - An Board der Aktionsgemeinschaft "Westbahn für Steyr", die sich ja seit vielen Jahren mit diesem Thema auseinandersetzt. Vielleicht wissen Sie es noch nicht - ein paar werden sich noch erinnern in diesem GR -, daß ich eines der Gründungsmitglieder bei dieser Aktionsgemeinschaft war - nicht der Mann der ersten Stunde, aber der 1,2ten -, und daß ich gemeinsam mit den Präsidiums-Mitgliedern, dem damaligen Bgm. Schwarz und Vbgm. Wippersberger versucht habe, koordinierend einzugreifen und als Teil der Region der "Hunderttausend" zu wirken. Ich würde Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Freiheitl. Fraktion sehr einladen, die Größenargumente der damaligen Zeit in die heutige Zeit hinüberzuretten. Sprechen wir doch nicht von der Stadt mit ihren 40.000 Einwohnern, sondern beweisen wir umgreifendes Denken und sprechen wir - so wie seinerzeit - von der Region der "Hunderttausend", die von der Stadt ihren Schwerpunkt finden. Sprechen wir weiter davon, daß wir zwar mit Freude die Fahrplanverbesserungen zur

Kenntnis genommen haben; die, die seinerzeit die Initiative - geführt von F. J. Hartlauer, dem kämpferischen Werbelöwen von Steyr - mit sich gebracht hat. Denken wir an die medialen Auftritte, die es gegeben hat, und sagen wir, daß wir gemeinsam etwas wollen.

Ich möchte Ihnen aus dem Rückblick die Szene noch einmal vor Augen führen, die der damalige Bgm. Schwarz, der damalige Geschäftsf. Vbgm. Leithenmayr und der damalige weitere Vbgm. Holub in Wien im Finanzministerium erlebt haben. Wir wurden zu einem Gespräch gebeten bei dem Mann, den Sie hier vergessen haben - oder bei dem Funktionsträger, den Sie in Ihrem Anforderungskatalog vergessen haben. Nämlich den BM für öffentl. Wirtschaft und Verkehr, der uns dort im Finanzministerium empfangen hat als Abordnung der Stadt Steyr - wir wollten das noch einmal untermauern; da ist es um das Parkdeck und auch noch einmal um die Westbahn gegangen.

Wir haben eigentlich außer einem sehr guten Kaffee nur die erfreuliche Mitteilung mitbekommen, daß der damalige Hr. Minister, der mittlerweile in anderer Funktion für die Stadt Steyr Gutes tun soll - nämlich als Generaldirektor der SDP AG oder von dem, was davon übrig geblieben ist -, gesagt hat: "Mit wem haben Sie gesprochen?" Ich glaube, ich zitiere ihn sogar

richtig: "Mit wem haben Sie gesprochen, Hr. Bgm.? Können Sie sich vorstellen, daß Sie mit einem Generaldirektor von der Bundesbahn über Maßnahmen sprechen können, die über das Budget finanziert werden? Ja, wo lebt denn Ihr Steyrer? Seid Ihr am Mond?" - So ähnlich hat das geklungen; nicht ganz so herzlich, aber es war nicht der warme Regen, in dem wir gestanden sind und der uns begleitet hat quer durch die Salons des Finanzministeriums.

Wir haben jedenfalls die eindeutige Mitteilung bekommen, ohne dem Minister für öffentl. Verkehr geht gar nichts! Ich darf Sie schon einladen, Ihre Aufforderung und Resolution noch um diesen Funktionsträger zu ergänzen, damit sich nicht noch einer, der wirklich das Sagen hat, beleidigt und übersehen fühlt. Es wäre wirklich schade, wenn aus Ihrem Drang, sich zu bestätigen, dann noch durch die Unterlassung, den Richtigen zu nennen, etwas Schlechtes für die Gegend herauskäme. Es ist ganz natürlich, daß wir diesem Antrag zustimmen werden. Ich bitte Sie nur, ihn in diesem Sinne zu ergänzen.

Vielleicht denken wir auch daran, daß die - wie sage ich das jetzt, ohne zu beleidigen. Ich sag's lieber gar nicht, das ist besser so!

Die Bemühungen einer Region sollten ungebrochen fortgesetzt werden. Die Abgeordneten der

Parteien sind hier gefordert. Es ist ein Katalog von SPÖ-Abg. genannt worden - ich kann nicht hinten anstehen und sagen, daß auch die ÖVP-Abg. Gaigg, Molterer und Murauer im selben Sinne tätig waren. Vielleicht finden sich auch noch Freiheitl. Potentaten, die im Katalog Aufnahme finden könnten. Und wenn wir dann in einem geschlossenen Katalog von Leuten, die sich schon bemüht haben, unsere Freude finden, dann sollten wir gemeinsam zur Tat gehen und doch daran denken, daß es um Steyr geht und nicht um irgendjemand sonst!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Als nächster hat sich Dr. Tilman Schwager zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bgm., hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Um gleich bei StR Holub und seiner Wortmeldung anzuschließen - uns liegt es fern, irgendjemand zu beleidigen in unseren Wortmeldungen insbes., in unseren Wortausführungen genauso und wir stehen daher nicht an und werden gerne Ihre Anregung aufgreifen, daß wir als Adressaten auch den Hr. BM für Verkehr und öffentl. Wirtschaft einbeziehen. Selbstverständlich! Es ist eine Unterstellung, wenn man glaubt, wir hätten uns mit

der Historie der Steyrer Eisenbahnwünsche nicht auseinandergesetzt. Natürlich kennen wir die Aktivitäten, die seinerzeit gesetzt wurden von unserem Foto-Löwen, von Schmollgruber (um den nicht zu vergessen) und auch von Politikern. Wir wissen aber auch, was damals der Planungsstand war und was heute der Planungsstand der Hochleistungsstrecken ist. Wir wissen heute, daß - insofern ist ein gew. Unterschied gegenüber damals gegeben - im Mostviertel eine vollkommen neue Trassierung erforderlich ist und daß diese Trasse noch nicht steht. Wir wissen heute, daß südlich von St. Pölten beispielsweise für den Güterverkehr eine Variante gewählt werden wird, die etwa der entspricht, wie wir uns das vorstellen - nämlich das Splitten der Hochleistungsstrecke von der Güterstrecke. Man will südl. von St. Pölten - etwa parallel zur Autobahn - eine Gütertrasse führen. Man will bitte - da steht die Strecke aber fast zur Gänze - zur Anbindung einer Stadt von etwa 19.000 bis 20.000 Einwohnern, sprich Tulln, einen Umweg für die Hochleistungsstrecke von 11 km in Kauf nehmen. Diese Trasse steht, man will damit die Franz-Josefs-Bahn entlasten und praktisch eine Verkehrsverbindung zw. dem zu schaffenden Wr. Hauptbahnhof oder Wien Mitte, wie er eben dann heißen soll, und St. Pölten schaffen. Warum

sollen wir diese Chance der Stunde nicht nützen?

Ich bin sehr froh, daß ich von allen Seiten hier die Zustimmung erfahren habe, neuerlich unsere Wünsche vorzutragen und das auch als unseren einheitl. pol. Willen der Stadtmandatare, der Stadtverwaltung und des Hr. Bgm. zu dokumentieren.

Noch einmal, ich freue mich über Ihre geschlossene Zustimmung zu dieser unserer Initiative. Ich glaube, daß wir es uns selbst und unseren Nachfolge-Generationen einfach schuldig sind, diesen einen - und sei es auch letzten - Versuch zumind. unternommen zu haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Danke. Als nächste ist Fr. Gemeinderätin Scheucher zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Selbstverständlich wird sich die GAL diesem Dringlichkeitsantrag der FPÖ anschließen. Wir finden es eine sehr gute Sache, den öffentl. Verkehr ein bißchen zu fördern. Vielleicht schaffen wir es doch, für den Zentralraum wirklich - wenn auch in ferner Zukunft - eine Anbindung an die Westbahn zu schaffen.

Ich möchte aber diesen Dringlichkeitsantrag als Anlaß nehmen, mir etwas von der Seele zu reden, was mich ein wenig stört. Ich verstehe in diesen Dingen nicht ganz, warum die

FPÖ uns immer mit Dringlichkeitsanträgen überhäuft. Das ist doch eine Angelegenheit, die nicht von heute auf morgen da ist, sondern die man schon etwas länger weiß. Es wäre wirklich - glaube ich - auch im Interesse der anderen Fraktionen, wenn man sich mit einem Antrag ein bißchen länger auseinandersetzen könnte. Mag sein, daß es hier im Augenblick so war, aber die FPÖ hat sehr oft Dringlichkeitsanträge!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ganz aktuell!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Ich will Ihnen nichts vorschreiben, sondern ich möchte einfach die Bitte aussprechen, daß man in Zukunft mit Anträgen arbeitet, die man rechtzeitig erhält und auf die man sich auch ein bißchen einstellen kann. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr; gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall.

Ich möchte vielleicht noch bemerken, daß, wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen in dieser Frage, nicht nur die Steyrer einvernehmlich dahinter stehen müssen, sondern in Wahrheit die Oberösterreicher; alle Abgeordneten und alle Maßgeblichen werden das

vertreten müssen. Auch die techn. Machbarkeit etc. muß nachgewiesen werden.

Dieses "Ding" wird - damit man die finanzielle Größenordnung sieht - ungefähr 10 bis 12 Mrd. S kosten.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Mehrkosten!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Dieses Projekt wird mit 10 bis 12 Mrd. S beziffert und da ist, wenn Planungen festgelegt sind, überhaupt nur mit wissenschaftl. fundierten und empirischen Erhebungen etwas zu machen. Mit vielleicht pol. Aktionismus aus irgendeiner Ecke heraus ist ohnehin nichts drinnen!

Das muß uns in diesem Zusammenhang klar sein und daher meine ich, daß wir mit der gebotenen Einigkeit daran gehen sollten, unsere Chancen wahrzunehmen. Es ist ja hier schon eine gew. Vorarbeit geleistet worden, eine gew. ist in Gang; und wenn wir diesen Beschluß heute - ich hoffe einstimmig - fassen, bin ich sicher, daß wir weiterschreiten können, Machbarkeitsstudien machen bzw. finanzieren werden etc.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung; ich darf Sie um ein Zeichen bitten, wenn Sie dafür sind. Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Übt

jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall. Einstimmig. Damit, meine Damen und Herren, ist auch dieser Tagesordnungspunkt abgehandelt. Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir heute Ausgaben getätigt und Beschlüsse zur Kenntnis genommen haben im Ausmaß von S 168,507.700,--.

Da die Tagesordnung nun erschöpft ist, möchte ich unseren Dr. Lutz bitten, der in der Zwischenzeit eingetroffen ist, bezüglich der Kokoschka-Ausstellung und des Disputes, der sich ergeben hat, Stellung zu nehmen. Hr. StR Holub hat angesprochen, daß die Machbarkeit möglicherweise an uns scheitern würde; Hr. Dr. Pfeil hat jedoch gemeint, daß dem nicht so sei! Jetzt wäre es natürlich interessant, über den Stand der Dinge informiert zu werden. Vielleicht können wir dann mit Hilfe dieser Erläuterungen die weitere Vorgangsweise sozusagen abstimmen. Bitte, Hr. Dr. Lutz.

SR DR. VOLKER LUTZ:

Meine Herren Bgm., werte Damen und Herren des GR! Im November bzw. Dezember des Vorjahres wurde von privater Seite von einer Studentin in Graz der Vorschlag an das Amt herangetragen, die dort stattgefundene Kokoschka-Ausstellung mit Leihgaben vom Rupertinum und der Kokoschka-Dokumentation in Pöchlarn nach Steyr zu bringen.

Dieser Vorschlag wurde mit Freude aufgenommen; vorgesehen war als Ausstellungsort die bekannte Schloßgalerie, und die Bedingung vom Rupertinum war eine Alarmanlage. Wir haben versucht, in der kurzen Zeit - Terminisierung wäre Jänner 1993 gewesen - eine Alarmanlage zu installieren bzw. im Endeffekt dann als Leihobjekt zu bekommen. Das ist uns jedoch nicht gelungen. Jetzt mußten wir gezwungenermaßen diese Ausstellung nicht absagen, sondern verschieben. Wir sind mit dem Rupertinum bzw. mit den Leihgebern in Pöchlarn in Verhandlung, diese Ausstellung zu einem gegebenen Termin mit der hoffentlich dann schon fixierten Alarmanlage der interessierten Steyrer Bevölkerung zu zeigen. Denn wir sind alle der Meinung, eine Kokoschka-Ausstellung - auch wenn es nur Jugendwerke sind - ist sicherlich eine Bereicherung des städt. Programmes. Das wäre meine Stellungnahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

In der Diskussion wurde vom Koll. StR Holub mitgeteilt, daß eine leihweise Zurverfügungstellung der Alarmanlage zur Debatte gestanden wäre. Ist das so? Was würde das kosten? Ist eine derartige Vorgangsweise möglich?

SR DR. VOLKER LUTZ:

Dieses Faktum ist mir nicht bekannt! Ich habe vom Sachbearbeiter, Koll. Schuster, die Mitteilung erhalten, daß diese Frage nicht zu lösen ist, und wir haben dann die Ausstellung verschoben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Warum ist das nicht zu lösen? Ist das zu teuer oder ist es techn. nicht machbar?

SR DR. VOLKER LUTZ:

Sie war in der kurzen Zeit nicht aufzutreiben!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Hier scheint es eine Diskrepanz zu geben zw. den Informationen des Koll. StR Holub und den Ausführungen des Kultur-
amtsleiters.

Wir können jetzt nur einmal diesen Tatbestand zur Kenntnis nehmen. Eine techn. Lösbarkeit zu Kosten, die für uns akzeptabel sind, wird noch darstellbar sein bis zum - ich glaube - 2. Februar (da ist meines Wissens ein Beginn dieser Ausstellung ins Auge gefaßt). Ich wäre persönlich dafür, daß wir es machen sollen. Das wäre jedenfalls mein Vorschlag, hier zu verifizieren bzw. zu prüfen, welche Möglichkeiten vorhanden sind. Dann muß eine endgültige Entscheidung getroffen werden. Dieser Vorschlag steht natürlich jetzt nicht zur Debatte; Koll. StR

Holub hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Lieber Freund SR Dr. Lutz, ich würde Dich bitten, mit der Fam. Bruckbauer noch einmal Kontakt aufzunehmen. Mir hat die Mutter der Fr. Mag. Bruckbauer heute vormittag gesagt, daß ein Mann namens Kridl bereit gewesen wäre, die Alarmanlage leihweise zur Verfügung zu stellen. Vielleicht könnte man in Übereinstimmung mit der Fam. Bruckbauer noch einmal überprüfen, ob das geht. Das ist nicht BLABLA, sondern ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

Das muß man sagen! Wenn man so eine Information hat, dann würde ich doch bitten, sie weiterzugeben!

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich habe gestern abend vom Vorfall mit der Kokoschka-Ausstellung erfahren und mich heute noch einmal mit der Fam. Bruckbauer ins Einvernehmen gesetzt und die Bestätigungen bekommen. Wenn Sie die Uhrzeit haben wollen, Hr. Dr. Pfeil, es war gegen 9 Uhr vormittag. Ich finde es wirklich "drollig", daß uns der Kulturreferent der Stadt Steyr vor einer halben Stunde noch erklärt, daß die Ausstellung stattfindet und in Wirklichkeit habe ich recht gehabt - sie ist verschoben! Nicht abgesagt, sondern verschoben!

Sie werden sich erinnern, Hr. Dr. Pfeil, daß ich beim Rednerpult gestanden bin und das so geschildert habe. Ich würde also wirklich bitten, daß man im Interesse des Ansehens der Stadt Steyr alles unternimmt, daß diese Ausstellung hier herkommt. Ich würde den zuständigen Beamten ersuchen, mit dem Ing. Kridl über die Fam. Bruckbauer Kontakt zu suchen - und das nicht am 20. Februar, sondern morgen!

Den pol. Funktionsträger möchte ich wirklich ersuchen, hier weniger auf der Emotionswelle - wie es vorhin war mit Schloßgangl und "Schloßgangl hat untersagt" etc. - Attacken zu reiten, als viel mehr auch einmal Positives zu tun oder es zumind. zu versuchen!

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Gut. Hr. Dr. Pfeil dazu.

**VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:**

Ich habe in einem Gespräch mit Hr. Dr. Lutz am Montag - darum habe ich gebeten, daß Hr. Dr. Lutz zu uns kommt und uns Aufklärung gibt - die weitere Vorgangsweise bezüglich Oskar Kokoschka festgelegt. Hr. Dr. Lutz war mit mir einer Meinung, daß wir das Problem Alarmanlage lösen werden. Ich habe nicht gesagt, daß sie jetzt am 2. Februar stattfindet. Ich habe zwar gesagt, daß sie stattfinden

wird, aber ich habe nie gesagt, daß sie am 2. Februar stattfindet. Wenn jemand Informationen hat, dann soll er sie auch weitergeben. Aber diese Ausstellung wird stattfinden - so hoffe ich!

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Ich würde vorschlagen, daß Hr. Dr. Lutz morgen noch einmal prüft, ob eine leihweise Alarmanlage zur Verfügung steht, ob das kostenmäßig für uns verträglich ist und ob das vom Rupertinum akzeptiert wird. Denn letzten Endes sind ja diese wertvollen Ausstellungsobjekte entspr. zu schützen. Wenn das in Übereinstimmung gebracht werden kann, dann soll diese Ausstellung stattfinden. Wird das vom GR zur Kenntnis genommen? Ich sehe, daß dies der Fall ist. Hr. Dr., ich würde Sie bitten, in dieser Weise vorzugehen.

Danke vielmals; damit kommen wir zur Aktuellen Stunde - ich darf fragen, wer das Wort wünscht? Erste Wortmeldung, Hr. GR Spanring bitte.

***Beginn der Aktuellen
Stunde: 17.26 Uhr***

**GEMEINDERAT ING. DIETMAR
SPANRING:**

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Es ist beschämend und abstoßend, welch politische Kultur in diesem Haus Einzug gehalten hat. Niemand konnte ahnen, daß

unter dem Slogan "Steyr wird anders" - der durchaus zu unterstützen ist, da doch eine jede lebende und gesunde Kommune aus einem ständigen Entwicklungsvorgang, einer dauernden Erneuerung und dem Bestreben, für seine Bürger das Bestmögliche in allen Lebensbereichen zu schaffen, besteht - eben ständig alles anders wird. Daß unter dem Begriff "Steyr wird anders" nicht konstruktive und aktive, wie vorhin angeführte Arbeit für unsere Bürger, für unsere Stadt gemeint ist, sondern persönliche Diffamierung des einzelnen Menschen.

Aus der Ebene des "Skandaljournalismus" - Anwesende natürlich ausgenommen - ist man solches beinahe gewöhnt. Aber von verantwortungsbewußten, offenen Politikern ist diese Vorgangsweise nicht zu erwarten. Mit Ausnahme des Barentalers, aber anscheinend hat dieses nun auch in Steyr Einzug gehalten.

In den letzten Stunden wurde seitens des Fraktionsvorsitzenden der FPÖ, Vbgm. Dr. Pfeil, die Sozialdemokr. Stadträtin Ingrid Ehrenhuber in beschämender Weise der Öffentlichkeit präsentiert, und auch Vbgm. Sablik bekam seinen Teil ab.

Kollegin Ehrenhuber arbeitete 37 Jahre in der Steyr-Daimler-Puch AG. Jahrzehnte davon als Betriebsrätin Tag und Nacht im Dienste der Kollegenschaft. In

einer der schwierigsten Situationen des Unternehmens stellte sie sich uneigennützig - vertrauend auf gesetzliche Rückendeckung - betreffend ihrer sozialen Absicherung (Krankenversicherung etc.) in den Dienst der Sache; setzte das Höchste, nämlich sich selbst ein, um einer jüngeren Kollegin den Arbeitsplatz zu sichern. Verzichtete damit selbstverständlich auf einen monatlichen Bezug, welchen grundsätzlich alle hier in diesem Haus beziehen - in versch. Höhe, aber doch! Als Arbeiter, als Pensionist, als Unternehmer, als Krankenschwester oder als Veterinär. Alles lt. Dr. Pfeil "Doppelbezügler"!

D. h., StR Ingrid Ehrenhuber müßte nach Dr. Pfeil hoffen, nie krank zu werden und ihre pensionsrechtliche Vorsorge nur durch guten Glauben abzusichern. Oder ist es einem Staatsbürger unter der derzeitigen Bezügeregelung der Stadt Steyr nach dem durchaus möglichen unverschuldeten Verlust des Arbeitsplatzes, in vorliegendem Fall sogar bewußt einem anderen Menschen helfend, untersagt, sich weiterhin politisch zu betätigen?

Zu den plötzlich aufgetauchten Beschuldigungen, Vbgm. Erich Sablik beziehe auch eine Berufsunfähigkeits-Pension, muß erinnert werden, daß er schon als Pensionist, als Vertreter der älteren Generation zum GR kandidierte. Seine Einkommens-

verhältnisse wurden bereits im Nov. 1991 von der Kronen Zeitung eingehend durchleuchtet. Im Sommer 1991 wurde der Vbgm. nach längerem Krankenstand im 61. Lebensjahr von der Pensionsversicherung für Angestellte als reise- und berufsunfähig in seinem Beruf als Betriebsprüfer erklärt. In logischer Folge erhielt er nach 46jähriger Beitragsleistung keine Alters-, sondern eine ASVG-Berufsunfähigkeits-Pension. Damit auch die Werkszusatzpension, für die er jahrzehntelang eingezahlt hat. Und auch in diesem Fall geht es anscheinend um die Ausgrenzung einer bestimmten Gruppe von Menschen. Falls einer das Glück hat, älter zu werden, zwar lädiert, aber doch im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte, und offen sich darstellend von der Bevölkerung gewählt wird, sollte er sich nach der Mediendarstellung der letzten Stunden lieber irgendwohin verkriechen. Zum Abschluß seien mir noch ein paar Bemerkungen zu unserem Oppositionspolitiker Dr. Pfeil erlaubt:

Es ist wirklich eigenartig, sich als Regierungsmitglied - schließlich sind Sie ja Vbgm. und Mitglied des StS mit allen Aufgaben und Pflichten - als Oppositionspolitiker zu bezeichnen. Gerade als Vbgm. hätten Sie volle Regierungsverantwortung. Zu Ihrer Aussage im TÄGLICH ALLES vom 19. 1. 1993: "Ich reibe mich nicht an der kleinen

Ingrid Ehrenhuber. Das Problem der Doppelbezüge ist für mich eine Grundsatzfrage. Politiker sollten ihre Ämter ehrenhalber ausüben. Eine Abdeckung der Spesen sollte genügen!", meinte Pfeil.

Es ist schon großartig, als der bestverdienende Doppelbezügler im StS so zu reden. Es ist ja wirklich schön, 68.000 Schilling ehrenhalber erhaltene Spesen zu einem Veterinäreinkommen zu kassieren.

Und nun zur Abschlußfrage, Hr. Vbgm. Dr. Pfeil, und ich würde Sie gerne um Ihre Darstellung bitten. Ich habe vernommen, daß Sie seit längerem von einer staatlichen Sozialversicherungsanstalt, der AUVA, eine Unfallrente in der Höhe von ca. 4.000 Schilling beziehen.

Ich muß sagen, selbst im Glashaus sitzen und mit Steinen werfen, Wasser predigen und Wein trinken - PROST-MAHLZEIT!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort ist Hr. Dr. Pfeil gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren, Hr. Spanring! Ich bin offensichtlich hier in einen pol. Grabenkampf bei der Sozialdemokr. Fraktion geraten. Mir ist es wirklich vollkommen schleierhaft, wie Sie zu dieser Aussage kommen, ich

hätte die Medien in bezug auf Frau Ehrenhuber oder Hr. Vbgm. Sablik informiert. Wenn Sie mir hier einen Beweis bringen - ich würde Sie wirklich darum bitten! Ich habe in einer Stellungnahme beim Rundfunk gesagt - und zu der stehe ich auch -, daß Arbeitslosen-Einkommen nicht richtig sind. Arbeitslosen-Einkommen meine ich insofern, daß Beamte, Politiker, die in anderen Positionen sind, Doppelbezüge genießen; d. h., das Gehalt geht weiter, ohne daß eine Arbeitsleistung dafür steht. Sie werden das selbst wissen - Abg. zum NR, sie sind im Schulamt tätig; LR, die weiter ihre Schulgelder kassieren und ihre Beförderung weiter mitmachen. Dazu habe ich Stellung genommen, das ist meine persönl. Meinung - dazu stehe ich auch! Ich habe auch vernommen, daß die Grünen eben dasselbe gesagt haben. Aber diese persönl. Dif-famierungen, die Sie mir unterstellt haben, muß ich zurückweisen! Die muß ich wirklich zurückweisen, und ich habe das auch dem Hr. Vbgm. Sablik, als er mich am Montag beim Neujahrsempfang angesprochen hat, gesagt. Ich verstehe nicht, warum Sie mir unterstellen, daß ich gesagt haben sollte, ich sei ein Oppositionspolitiker. Ich verstehe mich nicht als Oppositionspolitiker! Ich verstehe mich als Mitglied der Stadtregierung und so handle ich

auch! Sie werden, wenn Sie meinen Weg verfolgen, bei wichtigen Anträgen, die richtig sind, unsere Zustimmung finden. Da sind wir dabei - selbstverständlich! Ich bin auch selbstverständlich immer dabei gewesen, wenn ich andere Beschlüsse mittragen mußte, die meine geteilte Zustimmung gefunden haben. So ist es eben! Aber, daß ich gesagt haben sollte - Sie wissen selbst, wie eine Zeitung oft schreibt und daß einem Worte in den Mund gelegt werden; wir haben ja alle Medienerfahrung genug - "ich reibe mich nicht an der kleinen Frau StR Ehrenhuber" - das ist ein Zeitungsbericht, wo ich selbst diesen Journalismus zurückweisen würde in dieser Form. Ich habe zu diesen beiden Herrschaften nie persönlich Stellung genommen - wenn Sie mir den Beweis bringen, dann tun Sie es bitte!

Zu meiner Person selbst. Ich möchte auch kurz Stellung nehmen, weil es schon die unterste Schublade ist. Ich habe das fast erwartet. Ich habe vor 5 Jahren - 1987 - einen Arbeitsunfall erlitten in Ausübung meines Berufes als Tierarzt bei einer Pferdeuntersuchung. Mein linkes Kniegelenk wurde zertrümmert. Ich habe 3 Operationen gehabt und war ein halbes Jahr im Krankenstand - davon 14 Wochen vollkommen immobilisiert. Daraufhin - ich bin ja selbständig - bekommt man vom Amt eine Aufforderung, von

der allg. Unfallversicherungs-Anstalt, den Unfall zu schildern und er ist selbstverständlich als Arbeitsunfall anerkannt worden. Es gab ja auch 30 Zeugen bei diesem Unfall und es war im Bereich eines Arbeitsunfalles. Ich finde es wirklich traurig, daß man hier so ins Detail bzw. ins Persönliche geht. Aber ich stehe nicht an, das hier genau zu erklären.

Wenn es jemand ganz bes. interessiert, ich habe heute die Unterlagen alle mit. Wenn es jemand noch viel mehr interessiert, ich zeige auch mein lädiertes Knie bzw. mein Bein her! Ich habe eine hochgradige Muskel-Atrophie im linken Oberschenkel, ich habe eine Muskel-Atrophie im Unterschenkel, ich habe keinen Meniskus mehr, mein Seitenband ist kaputt, ich kann nur gehen, ich bin behindert, meinen Beruf auszuüben und ich bin selbständig. Ich möchte nicht von der Politik abhängig werden! Das ist mein Grund. Ich bin selbständig und wir - die Selbständigen - arbeiten ohne Netz. Dazu ist es eben richtig, daß der Gesetzgeber eine gesetzl. Unfallversicherung vorschreibt. Das ist auch richtig so und legitim! Wenn man dann eine Erwerbsminderung von 20 % zugestanden bekommt nach der Gliedertaxe - das ist auch gesetzl. normiert, hat alle Untersuchungsorgane passiert; ich habe sogar eine amtl. Bestätigung des Amtsarztes der

Stadt Steyr hier, daß ich 50 % erwerbsunfähig wäre. Die habe ich auch hier, wenn es jemand interessiert. Ich bekomme aus diesem Titel - ich stehe nicht an, das hier öffentl. zu sagen - ca. 4.000 S. Im Bescheid ist damals gestanden 3.878 Schilling, nach der Steigerung sind das jetzt um die 4.000 Schilling. Ich habe auch nicht um die Abfertigung angesucht, was mir nahe gelegt wurde, weil sich mein Zustand nach der Belastung in den letzten Jahren durch das Stehen weiter verschlechtert hat. Ich habe meinen Beruf ausüben müssen; durch das Stehen hat sich eine sog. Valgus-Stellung herausgebildet. D. h., der Unterschenkel-Kopf ist zusammengesunken, ich bin o-beinig geworden, wenn Sie das so haben wollen. Ich gehe nur mehr auf dem inneren Condyl. Sie können sich vorstellen, was das für Schmerzen bereitet und man überlegt eine weitere Operation - deswegen habe ich mich nicht abfertigen lassen. Hier in Steyr schlägt man vor, einen menschl. Teilersatz des Kniegelenkes zu machen. Meine Wiener Orthopäden raten mir, so lange es geht alles so zu behalten und dann eine "Schlitten-Prothese" in das Kniegelenk einzubauen. Ob das ein "Honiglecken" ist, daß man hier hergestellt wird, als hätte man sich etwas erschlichen, das finde ich ganz stark. Ich muß eben meinen Beruf ausüben und ich bin auch nach dem letzten Arbeitsunfall vom Amt her

aufgefordert worden, einen Unfallbericht auszufüllen, ärztl. bestätigen zu lassen und abzuschicken. Das ist auch beim letzten Unfall passiert. Tierarzt ist eben ein gefährlicher Beruf. Ich habe meine Großtier-, meine Pferdepraxis aufgrund der damaligen Verletzung weitestgehend abgebaut. Ich kann das nicht mehr in diesem Rahmen, in diesem Umfang ausführen, ca. 5 - 10 % meines Praxisumfanges sind zurückgegangen. Deshalb bekomme ich eine Erwerbsminderung. Ich danke schön!

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Danke sehr. Gibt es seitens der ÖVP-Fraktion eine Wortmeldung? Koll. Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Seit fast 20 Jahren gehe ich in diesem GR mit rel. viel innerem Antrieb zum Rednerpult. Ich habe nicht immer Lob erhalten für das, was ich gesagt habe - verständlich. Ich habe mir auch ganz selten das Blatt komplett vor den Mund gehalten, habe auch nicht immer voll gesagt, was mich gerade anödet, anwidert und habe mich bemüht zu sagen, wenn mir etwas gefällt. Wenn mir etwas nicht gefällt, so ist es das Niveau der derzeitigen Diskussion; daß man sich gegenseitig Behinderungen vorrechnet, daß man sich gegenseitig sozusagen Schuld zuweist - mit einem Wort, daß

man sich die Optik noch schiefer umhängt, als sie ohnehin vor dem Publikum schief sein muß.

Ingrid Ehrenhuber, Du hast mein volles Mitgefühl für den Verlust Deines Arbeitsplatzes in den Steyr-Werken. Das sage ich Dir auch als Obmann der ÖVP Steyr. Als der stehe ich nämlich jetzt da, nicht als der Karl Holub. Der Karl Holub sagt Dir noch dazu - jetzt nicht der ÖVP-Obmann, sondern der Karl Holub -, ich hätte Dir gewünscht, daß der Verlust des Arbeitsplatzes nicht durch die Hilfe Deiner ehem. Parteikollegin Draxler in die derartige Vergleichssituation gebracht wird. Ich hätte Dir gewünscht, daß Du jetzt nicht in der schrägen Situation bist, daß Dich jeder Mensch in Steyr vergleicht mit einem Menschen, der zwei Lohnsteuerkarten hat aus zwei parallellaufenden Erwerbsleben. Ein Mensch mit zwei Lohnsteuerkarten, der einen Arbeitsplatz verliert, muß damit rechnen, daß er aus dem verlorenen Arbeitsplatz keine Entschädigung bekommt. Das ist der Hintergrund, vor dem Du jetzt verglichen wirst.

Dieser Vergleich wäre über die Politiker-Bezüge - weil die eben eine Sonderform des Einkommens sind; selbst das Einkommensteuer-Gesetz sieht sie so - in dieser Form nicht passiert, wenn nicht der Übermut von einzelnen Mandatsinhabern höherer Einheiten, wo es um mehr Geld geht, als

hier in der Stadt Steyr, so eklatant geworden wäre.

Die Ingrid Ehrenhuber spricht der Karl Holub nicht schuldig als eine, die jetzt vom Volksvermögen herunternimmt, und als eine Parasitin. Aber der Karl Holub findet kein Argument, das er einem Arbeitslosen sagen kann - das Beispiel mit den zwei Lohnsteuerkarten. Das ist das große "Kreuz", unter dem Du lebst. Das ist die Situation, in die Du völlig unverschuldet gekommen bist. Das soll bitte auch einmal ganz deutlich gesagt werden! Jemand, der seinen Arbeitsplatz verliert - schuldlos verliert -, trägt primär nicht Schuld daran, daß ihm das zugestoßen ist.

Wie wir Ingrid Ehrenhuber kennen, wissen wir, daß sie unter dieser Situation leidet. Denn ich glaube, sehr viele von uns im Raum wissen, daß sie gerne arbeiten gegangen ist. Daß es natürlich dann Diskussionen darüber gibt - Ingrid, es tut mir leid, Du wirst da durch müssen! Das ist so! Diese Diskussion bleibt Dir nicht erspart. Das Einkommen eines Stadtrates ist - wie wir alle wissen - im Verhältnis zum Zeitaufwand, der mit der Funktionsausübung verbunden ist, ein eher geringfügiges. Wenn dem nicht so wäre, dann wären diejenigen, die in Wels und in Linz um so viel mehr verdienen, eigentl. ziemlich unehrenhafte Menschen. Ich glaube, daß es nicht unbedingt darauf ankommt, einmal festzustellen,

ob eine Stadt 200.000 Einwohner hat oder eine Stadt 55.000 Einwohner oder 40.000 Einwohner hat - die gewissenhafte Ausübung einer Pflicht sollte verglichen werden. Noch viel schlechter wäre es, wenn das Schicksal des Erwerbsloswerden einen StR der Landeshauptstadt Linz treffen würde. Geht aber nicht, denn das sind ohnehin Hauptamtliche. In Wels sieht das Stadtrecht noch vor die Nebenamtlichkeit und die Hauptamtlichkeit. Dort könnte - mit Unglück - einem StR das auch passieren. Mir fällt zwar keiner ein, weil es in der Regel entweder freigestellte Betriebsräte oder Beamte sind.

Das eigentliche Problem, in dem unsere Verwaltungskörper sich befinden, das ist die Situation des erstens Selbständigen und zweitens des nicht beamteten Unselbständigen, der sich in die Politik begibt. Wenn er nämlich in seinem Privatberuf Einkommen bezieht, das ihm im Normalfall nicht nachgetragen wird, sondern wofür er arbeiten muß - je höher das Privateinkommen ist, desto mehr wird in der Regel auch der persönl. Einsatz verlangt. Je mehr dieses private Einkommen ansteigt, desto mehr sieht sich dann ein Politiker in der Kragenweite der Stadt Steyr vor der Problematik, daß man das private Erwerbseinkommen - so wie es auch in diesen Tagen mir schon passiert ist; ich finde das absolut erstaunlich - mit dem

Einkommen aus der pol. Tätigkeit in Zusammenhang bringt und das vergleicht.

Meine Damen und Herren, es gibt sogar lustige Menschen, die sagen: "Ja und der Holub?" - Man gebraucht ja meinen Berufstitel in der Bank, den ich selbst nie gebrauchte in der Argumentation und stellt mich so quasi dar, als würde ich etwas Unehrenhaftes tun, weil ich ein Erwerbseinkommen habe. Auch das ist der Niedergang der guten Sitten, der hier hergekommen ist. Auch diese Facette gibt es. Vielleicht mag das sein, um Dich in Schutz zu nehmen, Ingrid, daß der eine oder andere aus Deiner eigenen Freundesriege sich auf diese Argumentationshöhe verstiegen hat. Ich folge dieser Argumentations-Niederung nicht nach - ganz sicher nicht! Aber wenn ich jetzt gefragt werden würde, welchen Rat gibt der Karl Holub der Ingrid Ehrenhuber, dann muß ich sagen, "um Himmels willen, ich weiß es selbst nicht"! Soll die Ingrid Ehrenhuber jetzt zwei Jahre, bis sie ihre Alterspension beziehen kann, auf das Recht, das jedem Arbeitnehmer zusteht, verzichten, weil sie pol. tätig ist? Hat jemand von uns bei den in Frage stehenden Bezügen die Kraft in sich, um ihr das ins Gesicht zu sagen?

Natürlich gibt es viele Menschen - gerade in Steyr, gerade Frauen in Steyr -, die nicht über das Einkommen eines StR verfügen aus einem Beruf alleine.

Natürlich ist das so! Aber ich glaube, daß man die Situation des ständig in der Öffentlichkeitstehens und die Situation des eigentl. nicht auf die "Uhr-schauen-dürfens" auch miteinbeziehen müßte in die Diskussion. Frau Scheucher, ich habe jetzt nicht Sie gemeint, weil Sie auf die Uhr geschaut haben. Ich bin Ihnen recht dankbar, daß Sie mich daran erinnern, weil ich ja nur 5 Minuten reden dürfte in der Aktuellen Stunde.

Wir sollten wirklich behutsam damit umgehen und wir sollten auch wieder ein wenig auf Stil achten in dieser Republik Österreich in der pol. Auseinandersetzung. Ich halte es für nicht sehr qualitativ hochstehend, jemandem eine Körperbehinderung vorzuwerfen. Es sollte allerdings wirklich auch derjenige, der eine Invalidenrente hat, dann anderen das auch nicht zum Vorwurf machen. Das wäre schon auch meine Forderung an ein faires MITEINANDER.

Und wenn hier gesagt wird, man wisse ja, was Zeitungen mit persönl. Aussagen machen, so ist gerade der Äußerer dieser Feststellung mit einer eigenen Zeitung ausgestattet, die hier mit Zitaten eher sehr problematisch ist. Da drinnen liegt sie ja Ihre Weihnachtsnummer, für die Sie als Fraktionsführer verantwortlich sind und wo Sie auch nicht gerade knapp sind mit Ihren Mannen bei der Ehrabschneidung an anderen

Menschen. Alles dies finde ich nicht nur unerquicklich, sondern abscheuerregend, miserabel und ekelig! Ich bin wahnsinnig enttäuscht, daß dieses Niveau mit dieser Zeitschrift der Freiheitl. Partei über die Demokratie in Steyr hereingekommen ist. Das ändert jetzt nichts an der traurigen Situation der öffentl. Diskussion um das Berufschicksal der Ingrid Ehrenhuber. Und diejenigen, die jetzt über die Ingrid Ehrenhuber den Stab brechen wollen, die sollen sich selbst vor den Spiegel stellen und zunächst einmal sagen, was würde ich tun, wenn ich in dieser Situation wäre. In einem zweiten Spiegel empfehle ich dann eine Wendung, je nach pol. Herkunft 90 Grad nach links oder rechts. In diesen zweiten Spiegel schaut man dann hinein und sagt, wie trete ich ihr jetzt gegenüber und brich über sie den Stab und sage: "Ingrid, Du machst hier etwas, das nicht in Ordnung ist"! Ich finde es wirklich traurig, daß die Diskussion auf diese Ebenen geht. Vergleichen Sie bitte Gleiches mit Gleichem! Da ist die Frau Draxler schon in einem etwas anderen Licht zu sehen.

Ich will jetzt nicht über den Vbgm. Sablik und seine Pensions-Situation reden, weil die in dieser Wortmeldung durch den Koll. Spanring nicht angesprochen wurde oder nur angedeutet wurde. Es ist nur eines ein wenig verquert hervorgekommen in Deinem Fernseh-Interview. Nämlich, daß

es so aussieht, als könnte man die Politik so ohne Belastung nebenbei machen und die Funktion eines Geschäftsf. Vbgm. so aus dem Handgelenk nach zeitlicher freier Gestaltung erfolgen könnte.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Das liegt aber am Interviewer. Er kann mich nicht eine halbe Stunde interviewen und dann 40 Sekunden vom Interview im Fernsehen bringen!

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich habe gesagt, daß es sehr bedauerlich ist, daß es so hervorgekommen ist. Weil das der Eindruck ist, in dem die Öffentlichkeit in diesen Stunden steht, und fast jeder diskutiert die Einkommen der Politiker. Das haben wir eigentlich in Steyr wieder ganz gut hingekriegt, daß wir uns selber in die Skandalebene begeben und daß wir uns selbst auf die neg. Schlagzeilen begeben. Es ist wirklich nahezu unverständlich, daß wir ein großes neg. Aufmerksamkeits-Potential in Steyr in der Öffentlichkeit haben. Ich möchte noch einmal sagen, daß es optisch unrichtig ist, neben einem Aktivbezug ein Arbeitslosengeld zu beziehen. Und es ist optisch unrichtig, neben einem Aktivbezug auch eine Rente zu beziehen. Aber derjenige, der den Mut hat, durch das Glashaus den ersten Stein zu werfen, der sollte mir

eigentlich einmal bewußt gegenüber treten. Die Optik bleibt dennoch!

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Als nächste hat sich Frau Kollegin Scheucher zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-
CHER:

Ich werde versuchen, die Überzeit des Hr. StR Holub durch die Kürze meiner Meldung wieder wettzumachen. Dann gleicht sich das aus, weil Sie befürchtet haben, Sie hätten zu lange gesprochen.

Ich möchte trotzdem für die GAL selber sprechen und mir nicht von Hr. Vbgm. vorsagen und soufflieren lassen, was die GAL zu dieser Sache zu sagen hat. Natürlich bin ich nach dem etwas verunglückten Fernseh-

Interview von Hr. Vbgm. Sablik auch von den Medien dazu befragt worden, was die GAL dazu sagt. Es ist heute schon angeklungen - ich habe gesagt, die Optik ist nicht bes. gut, aber es werden hier Gesetze, die es nun einmal gibt, ausgenützt. Das ist eine ganz legale Handlung und wenn einem diese legale Handlung nicht paßt, dann müssen wir darüber nachdenken, die Gesetze zu ändern. Aber ich kann nicht jemanden, der die bestehende Gesetzeslage

ausnützt, - ich meine das jetzt nicht böseartig - verurteilen, weil er das tut. Wenn uns das nicht paßt, dann müssen wir die Gesetze eben so ändern, wie wir es haben wollen.

Ich kann mir auch sehr gut vorstellen - auch wenn die Optik schief ist -, daß die Fr. StR Ehrenhuber eben auch nicht von den Bezügen einer Politikerin abhängig sein möchte, sondern daß sie auch eine sichere Grundlage haben will - so, wie es der Hr. Vbgm. auch für sich selbst in Anspruch nimmt.

Recht viel mehr kann ich dazu nicht mehr sagen. Es gibt also keine Verurteilung der Frau StR seitens der GAL, auch wenn sich die Medien das vielleicht erwartet hätten. Wir verstehen Ihre Situation!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Wird ein weiteres Thema gewünscht? FPÖ? - Nicht der Fall. ÖVP? - Kein Thema. GAL? - Bitte, Frau Kollegin Scheucher.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-
CHER:

Ich habe für die heutige Aktuelle Stunde ein Thema gewählt, das uns jetzt von den Polit-Skandalen ein wenig wegbringen soll und in seiner Unscheinbarkeit doch einiges an Brisanz verbirgt. Der Stein des Anstoßes für mich sind eigentl. ganz weiche Dinge, nämlich Semmeln. Konkret geht es um

den Auftrag einer städt. Einrichtung - und zwar des Alten- und Pflegeheimes - zur Beschaffung von Semmeln, Gebäck, Brot u. ä.

Bisher wurde dieser Auftrag an Betriebe im Steyrdorf vergeben. Der Verwalter des Altenheimes, Hr. Mißbichler, hat ganz korrekt versucht, das große Defizit dieses Heimes ein wenig zu vermindern und eine Ausschreibung vorgenommen, so wie es eben üblich ist, um dem Bestbieter den Auftrag zukommen zu lassen. Es gab auch Beteiligung von Steyrdorf-Betrieben - ich weiß nicht, ob auch noch von anderen Steyrer Betrieben. Eigenartig ist für uns nur, daß dann plötzlich ein Vertreter der Linzer Ährenstolz - eines, wie mir gesagt wurde, ziemlich maroden Konsum-Ablegers - im Rathaus von Tür zu Tür gepilgert ist. Es ist dem Hr. Mißbichler unverständlich, wo er die Anbotsunterlagen bekommen hat. Offensichtlich hat sich diese "Türklapperei" doch gelohnt, denn die Ährenstolz konnte sich - ich zitiere hier Hr. Mißbichler - mit Dumpingpreisen den Auftrag als Bestbieter sichern.

Für uns unverständlich ist, daß man hier herinnen davon redet, das Steyrdorf zu unterstützen; daß man eine strukturschwache Gegend "auf die Füße bringen" will. Jeder redet davon, daß man dort etwas unternehmen und die Betriebe mit Aufträgen versorgen muß. Wir stecken hohe Summen in Betriebsförderung

für Steyrdorf-Betriebe und die Unterstützung sieht dann im Endeffekt so aus, daß ein auswärtiger Betrieb diesen für Steyrdorf

überlebensnotwendigen Auftrag bekommt. Ich erinnere mich auch an die GR-Sitzung im Nov., wo hier herinnen eine lebhafteste Diskussion darüber stattgefunden hat, daß bei einem Bauauftrag plötzlich nicht mehr der Bestbieter den Auftrag erhielt, sondern der zweite und daß damit argumentiert wurde - möglicherweise zurecht -, daß das ein in Steyr ansässiger Betrieb sei und daß eben Steyrer Arbeitsplätze sonst gefährdet wären; weil Steyr als Krisenzentrum eben jeden Arbeitsplatz dringend braucht und daß deshalb dieser Zweitbieter den Auftrag bekommen sollte.

Um so viel mehr müßte aber für uns dann dieses Argument gerade für Steyrdorf-Betriebe gelten - ich mache mich jetzt nicht für irgendeinen Betrieb stark! Ich finde die Ausschreibung ganz richtig! Aber warum muß diese Ausschreibung über Steyr hinausgehen? Noch dazu kommt, glaube ich, die Verkehrssituation. Wir haben jetzt Semmeln - zumind. fast einen Monat lang - mehr als 40 km von Linz hertransportiert; in Steyr wären es ein paar Minuten und ich glaube, auch die Serviceleistung wäre wesentl. besser, wenn man einen Betrieb nimmt, der wirklich auch schnell

reagieren kann, wenn einmal Nachlieferungen fällig sind. Ich hoffe sehr, daß diese Auftragsvergabe noch einmal überdacht wird, daß man wirklich auch hier Bedacht nimmt auf die hohen Arbeitslosenzahlen in Steyr und daß man diese Aufträge im Ort belassen sollte. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke, Frau Kollegin. Frau GR Mach hat sich nun zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN FRIEDERIKE
MACH:

Sehr geehrter Herr Bgm., sehr geehrte Damen und Herren! Von uns wurde ein Antrag für Gewerbebetriebe im Steyrdorf gestellt, der auch im GR beschlossen wurde. Gerade darum sollten die dort ansässigen Firmen bei der Vergabe von Aufträgen auch bevorzugt werden und nicht eine Fremdvergabe in eine andere Stadt erfolgen. Dadurch gehen uns in Steyr die Arbeitsplätze verloren und die Steuerabgaben für die Stadt werden geringer. Ich glaube, es ist allg. wichtig, daß wir das Steyrdorf mehr berücksichtigen - gerade in diesem Fall, den meine Vorrednerin angesprochen hat. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Liegt seitens der FPÖ-Fraktion eine Wortmeldung vor? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

Zur wichtigen Semmel-Debatte - meine Damen und Herren! Mir ist zu Ohren gekommen, daß das gleiche gilt für die Schule Promenade. Und zwar aufgrund eines Anrufes eines Bäckermeisters aus dem Steyrdorf, der gehört hat, ich hätte angeblich eine Weisung gegeben (das kann ich gar nicht in diesem Bereich; ich weiß gar nicht, wie das geht), daß jetzt die Semmeln nicht mehr beim Bäcker im Steyrdorf gekauft werden, sondern auch bei einem anderen Bäcker. Ich habe das aufgeklärt, er hat es zur Kenntnis genommen. Ich bin nur erstaunt, daß es jetzt auch im Altenheim so geht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr; ÖVP-Fraktion? Koll. Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Zu dieser "Unwusch-Wiederholung" des Steyrer Semmelkrieges, der im vergangenen Jahr im Altenheim noch unter der alten Führung erbittert ausgetragen wurde, muß ich etwas weiter bei der Beantwortung der sicher beeindruckenden Stellungnahme der GAL ausholen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:
5 Minuten!

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

Nein, eigentlich dauert es über ein Jahr. Nämlich vor über einem Jahr war es üblich im Altenheim, einfach nach einer festen Liste den Brotbedarf zu bedecken. Eine feste Liste, die niemals verhandelt wurde. Ich habe Hr. Reg.Rat Kolb unter Druck gesetzt und gesagt, daß mir das nicht gefällt. Es gibt eine Ö-Norm, es gibt Vergaberichtlinien; darum habe ich ihn aufgefordert, in Vereinbarung mit dem Kontrollamt und mit der Bauvergabe als Nachhilfe-Helfer einen korrekten Vergabevorgang einzuleiten. Das ist ihm im ersten Anlauf kläglich mißlungen, wie alle Zeitzeugen berichten werden. Im zweiten Anlauf konnte er den Mißerfolg nicht mehr fortsetzen, weil er da nicht mehr in Funktion war.

Hr. Mißbichler hat von mir natürlich den Auftrag bekommen, die Ausschreibungsverfahren entspr. Ö-Norm und Vergabeordnung der Stadt Steyr korrekt durchzuführen und mir nur im Fall von Problemen darüber zu berichten, weil ich nichts davon halte, daß sich die Politik in öffentl. und objektive und normierte Vergabevorgänge einmengt.

Ich bin selbst von Ihrem Bericht überrascht, Sie haben mich also

voll am falschen Fuß erwischt. Man kann mir jetzt vorwerfen, daß ich als Referent nicht informiert bin. Wenn das jemandem einfällt, gratuliere ich herzlich - das ist ein guter Gag. Aber ich weiß es wirklich nicht, daß die Fa. Ährenstolz - oder wie immer sie heißt - Brot liefert. Mein letzter Informationsstand war, daß ich mich mit Brot mangelhafter Qualität auseinandersetzen mußte, das aus einem Steyrer Betrieb stammte; ich habe mit der Betriebsführung gesprochen, daß so etwas eher nicht sein sollte im Ansehen der bodenständigen Betriebe.

Ich weiß es also wirklich nicht und kann konkret nicht sagen, ob eine Fa. bevorzugt wurde. Ich möchte wirklich davon ausgehen, daß meiner Anweisung im Altenheim, korrekt nach den Vergabe-Bedingungen vorzugehen, nachgekommen wurde - ohne Einmischung von Politik. Nicht nur mich betrifft dieses "ohne Einmischung", sondern auch alle anderen Machthaber sollten von dieser Einmischung ausgeschlossen sein.

Sollte sich herausstellen, daß ein Vertreter der Fa. Ährenstolz von Funktionsträgern in der Stadt, beamtet oder pol., Informationen bekommen hat, die außerhalb der Vergabenormen stehen, so bezeichne ich das als Skandal! Denn die Entscheidungs-Abstinenz, die Nicht-Beeinflussung durch einen pol. Referenten kann, darf und wird

auch in Zukunft nicht so erfolgen können, daß jemand anderer seine eigene Suppe kocht. So geht es nämlich auch nicht!

Ich weiß nicht, wer sich jetzt betroffen fühlen muß. Vielleicht bekommen wir es heraus - wahrscheinlich nicht, weil aus unserem Rathaus so viel an Informationen in die Öffentlichkeit geht, daß man schon immer sehr sorgfältig nach der Quelle fragen muß. Aber schließlich und endlich ist auch eine Brotvergabe nicht der Untergang des Abendlandes und schließlich und endlich lautet auch die Anweisung, laufend zu korrigieren, im Bedarfsfall, neu auszuschreiben, und wir werden in aller Sorgfältigkeit das überprüfen. Ich bitte auch, das Kontrollamt, Hr. Bgm. und Hr. Vorsitzender des Prüfungsausschusses, mit diesem Vorfall zu betrauen. Sollte hier eine Unregelmäßigkeit aufgetreten sein, bitte ich auch um disziplinären Vorgang gegen denjenigen, der nicht korrekt war.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Ich danke auch für diese Bemerkungen und darf aufklärend dazu mitteilen, daß der Vorgang sehr genau bekanntgemacht wurde. Und zwar von den Bäckern, die beim Auftrag nicht zum Zug gekommen sind. Ich habe mich dann informiert, wie denn die Dinge gelaufen sind

und es hat sich gezeigt, daß nach Ausschreibung, die ordnungsgemäß durchgeführt wurde, ein Linzer Unternehmen die Semmeln um 80 Groschen angeboten hat, während unsere Bäcker-Betriebe im Steyrdorf mit 88 angeboten haben. Daraufhin erfolgte - entspr. den Ausschreibungs-Richtlinien - eine Vergabe an den Linzer Betrieb. Allerdings dergestalt, daß auch die Qualität zu prüfen war und 14 Tage lang eine Probelieferung beauftragt wurde. Die Damen und Herren aus dem Bäckereibereich sind bei mir erschienen - übrigens nicht das erste Mal - und haben mir ihr Leid geklagt und ihre Argumente vorgebracht. Aber in unserer Vergabeordnung heißt es ja "der Bestbieter". Nicht wahr?

Hier spielt zweifelsohne die Qualität eine Rolle, aber natürlich auch das Service. Man muß das beobachten und es ist schon ein wichtiges qualitatives Argument, daß beispielsweise der Anruf aus dem Altenheim genügt: "Wir brauchen noch 70 Semmeln!" - und diese 70 Semmeln sind in einer halben Stunde da. Das ist aus Linz eher nicht so leicht darstellbar bzw. nicht denkbar.

Es ist übrigens nicht nur um Semmeln gegangen, sondern um die ganze Palette - die Semmeln sind nur eine repräsentative Position.

Ich habe angewiesen, genau zu beobachten und auch diese ganzen Service-Argumente miteinzubeziehen, die uns

sicherstellen, daß die Bewohner im Altenheim auch tatsächlich das bekommen, was sie bekommen sollten. Sie haben noch eine Reihe anderer Argumente eingebracht und ich gebe zu, daß mir Fr. GR Scheucher aus der Seele spricht. Es ist ja sehr unlogisch und eigentlich falsch, auf der einen Seite wer weiß nicht was für Studien zu finanzieren, wie man denn das Steyrdorf "auf die Beine bringt". Erstens die Studie Univers. Linz - 87.000 S; eine weitere große Unternehmensberatungs-Studie um ca. 200.000 Schilling.

Wir wollen einen Arbeitskreis machen für die Wirtschaftsbetriebe in diesem Bereich und wir werden uns noch gewaltig anstrengen müssen! Es ist also nicht sehr sinnvoll, bei dieser passenden Gelegenheit denen, die dort tätig sind und sowieso von den 80- oder 88-Groschen-Semmeln nicht leben können, aber eine wichtige Grundauslastung in ihrem Betrieb haben, diese Grundauslastung wegzunehmen.

Unter den gesamten Aspekten habe ich die Anweisung gegeben, das alles zu berücksichtigen, die Verhandlungen zu führen; ich habe den Bäckermeistern gesagt, sie sollten auch bei dieser Gelegenheit bemüht sein, vielleicht ihre Möglichkeiten noch zu überdenken. Ich bin darüber informiert, daß seit Montag oder Dienstag dieser

Woche die Semmeln wieder aus dem Steyrdorf geliefert werden.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr fein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich hoffe, daß dies eine abschließende, pos. Berichterstattung ist.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich persönlich bin nur ziemlich erstaunt darüber, daß ich trotz täglicher Kontakte mit den Bediensteten des Altersheimes darüber nicht informiert wurde!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Kann sein. Bei mir waren jedenfalls die Bäcker, sonst hätte ich auch nichts erfahren davon. Ich hätte mich auch nicht hineingemischt, denn ich bin Deiner Auffassung, daß man sich nicht ins Tagesgeschäft und in die Vergabe einmischen. Aber wenn es herangetragen wird, muß man dies tun.

Ich habe jedenfalls mit der gebotenen Vorsicht versucht, hier ein wenig einzuwirken.

Meine Damen und Herren des GR, wenn es kein weiteres Thema gibt, dann ist auch die Aktuelle Stunde beendet. Ich darf Ihnen herzlich danken für Ihre Anwesenheit, für die Mitwirkung, die Diskussionen, Ihre Disziplin und schließe die heutige GR-Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 18.14 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OMR Mag. Augustin Zineder e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Gerhard Bremm e.h.

Oskar Holub e.h.